

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichsliste - Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 18a part.
Telephonnr. Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnezeitung:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wird die deutsche Eisenindustrie ihren so ungemein starken Ausdehnungsdrang auch weiterhin in dem bisherigen Umfang betätigen? Die Deutsche Bank verneint diese Frage, in ihrem Geschäftsbericht für 1913 bemerkt sie, daß nach vielen Anzeichen der Kapitalbedarf der deutschen Industrie in den nächsten Jahren weniger groß und dringender sein dürfte als während des letzten Jahrzehnts; veraltete Verfahren seien fast durchweg durch fortschrittliche, jeden Wettbewerb aushaltende Einrichtungen ersetzt worden. Nach dieser Richtung hin die Erhaltung der technischen Hilfsmittel würde nur der gesunde Drang verbleiben, die industriellen Anlagen fortwährend zu verbessern und für die um rund 800 000 Köpfe jährlich wachsende Bevölkerung Deutschlands auch zu vermehren. In erster Reihe ist bei diesen Ausführungen wohl an die Eisenindustrie gedacht worden, deren Entwicklung in den letzten 10 Jahren auch die kühnsten Erwartungen übertrafen hat. Aber auch die Eisenindustrie des Auslandes hat ähnliche Erweiterungen erfahren, dabei ist das Bauprogramm zahlreicher Montanwerke noch in der Ausführung begriffen, nur ein Teil der neuen Betriebsanlagen arbeitet ferner erst mit der vollen technischen Leistungsfähigkeit. Daß die gesteigerte Erzeugung der Eisenindustrie in den letzten Jahren verhältnismäßig glatt unterhalten werden konnte, war zum Teil auf den mächtigen Eigenverbrauch der Eisenindustrie zurückzuführen, der natürlich fortwähren, wenn die Betriebsausdehnungen sich künftig in engeren Grenzen halten. Eine weitere Folge dieses Zustandes müßte eine Verlangsamung des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges sein, wenn nicht die Auslandsmärkte die Mehrerzeugung aufnehmen könnten.

Ein Bild der Entwicklung der Montanindustrie gibt ein Vergleich der Abschlußzahlen der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft. Für das Jahr 1913, das Geschäftsjahr des Unternehmens fällt mit dem Kalenderjahr zusammen, wird trotz der Wirtschaftskrise eine Erhöhung der Dividende von 10 auf 11 Prozent vorgenommen. Die Bilanz schließt mit einem Rohgewinn von 60,61 Millionen Mark gegen 58,08 Millionen Mark für 1912 ab. Zu Abschreibungen werden 23,31 Millionen gegen 21,72 Millionen im Vorjahr verwendet, außerdem 600 000 M für den Spezialreservefonds, zum Vortrag auf das neue Jahr kommen diesmal 2,63 Millionen Mark gegen 0 M im Vorjahr. In den letzten 3 Geschäftsjahren stellten sich die hauptsächlichsten Abschlußzahlen wie folgt:

	1913	1912	1911
Rohgewinne	66 605 945	58 077 615	45 972 455
Offentliche Lasten	10 723 573	9 422 283	8 693 398
Abschreibungen	23 308 527	21 717 693	14 526 340
Reingewinne	24 140 839	19 618 421	16 047 895
Dividendensummen	19 800 000	18 000 000	14 660 000
Dividende in Prozent	11	10	10 und 6

Täuschen nicht alle Anzeichen, so wird die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft zu den Montanunternehmen gehören, deren Kapitalbedarf für die nächste Zeit noch nicht gedacht ist. Gelsenkirchen hat 1904 durch die Vereinigung mit dem Aachener Hüttenverein die Hohe Erde und dem Schaller Gruben- und Hüttenverein die Eigenschaft als reine Kohlen-Gesellschaft ausgegeben und in den kaum 10 Jahren die Umgestaltung einer der mächtigsten Gemaßgebungs- der Montanindustrie vollzogen. 1904 erfolgte die Kapitalerhöhung um 50 Millionen auf 119 Millionen Mark, 1905 wurde die weitere Erhöhung um 11 Millionen auf 130 Millionen Mark vorgenommen. Folgende Zusammenstellung ergibt die fernere Entwicklung des Aktienkapitals, der Rohgewinne und der Dividenden seit der Verneuerung des Grundkapitals auf 130 Millionen:

Jahr	Aktienkapital	Rohgewinn	Dividende Proz.
1906	130 000 000	30 794 690	11
1907	130 000 000	44 562 169	12
1908	130 000 000	36 520 496	9
1909	156 000 000	37 300 936	9
1910	156 000 000	43 451 509	10
1911	180 000 000	45 972 445	10
1912	180 000 000	58 077 615	10
1913	180 000 000	66 605 945	11

Bei einem Vergleich dieser Zahlen ergibt sich nun, daß die Steigerung des Rohgewinnes stärker ist als die des Aktienkapitals. Im Jahre 1907, in dem die Dividende mit 12 Prozent die Dividende des Jahres 1913 um 1 Prozent übertraf, betrug der Rohgewinn 34,20 Prozent des Aktienkapitals, während er für 1913 37 Prozent des Aktienkapitals beträgt. Nicht weniger bemerkenswert ist ein Vergleich des Verhältnisses der öffentlichen Lasten zum Rohgewinn. Während im Jahre 1911 nach der Bilanz der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft die öffentlichen Lasten mit 8,69 Millionen Mark 18,74 Prozent des Rohgewinns erforderten, beanspruchten sie für 1912 mit 9,42 Millionen Mark nur 16,22 Prozent des Rohgewinns und für 1913 mit 10,72 Millionen Mark 16,09 Prozent. Es ist also in den letzten 3 Jahren tendenziell eine beträchtliche Abnahme der Aufwendungen für öffentliche Lasten bei der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft

zu bezeichnen, bei derselben Gesellschaft, deren Generaldirektor Kirdorf besonders oft und laut beteuert, daß die Steigerung der öffentlichen Lasten in der Montanindustrie einen stets wachsenden und kaum noch zu ertragenden Anteil des Gewinnes verzehre.

Von der Phönix-Bergbau- und Hütten-Aktiengesellschaft wurde für die ersten 6 Monate des laufenden Geschäftsjahres ein Betriebsausweis veröffentlicht, nach dem sich der Betriebsgewinn ohne Abschreibungen nach Abzug der Unkosten und Zinsen auf 18,85 Millionen Mark gegen 22,64 Millionen Mark in der Vergleichszeit des Vorjahres stellt. Dazu kommt der Gewinnvortrag von 8,47 Millionen Mark gegen 6,71 Millionen Mark für das Vorjahr. Der Auftragsbestand bei den Hütten betrug am 31. Januar 1913 488 994 Tonnen gegen 460 655 Tonnen in der Vergleichszeit 1912. Das Minderergebnis des ersten Halbjahres im Vergleich zu dem vergangenen Geschäftsjahre ist, wie die Gesellschaft bemerkt, auf geringere Ueberschüsse bei den Hütten zurückzuführen, während die Kohlengewinn noch einen Nettogewinn gebracht haben. Die Aussichten auf eine Belebung des Geschäfts im Frühjahr, fügte die Verwaltung von Phönix hinzu, haben durch die inzwischen eingetretene erhebliche Herabsetzung des Bankdiskonts eine Stärkung erfahren. Es bestehe die Hoffnung auf eine lebhafte Bautätigkeit und somit auf ein Anwachsen des Bedarfs an Trägern und sonstigem Bauwesen. Im ganzen sei die Stimmung auf dem Eisenmarkt aber noch gedrückt, und die Preise für viele Erzeugnisse, besonders für Stabstaben und Bleche, Draht und Röhren, sind wenig lohnend. Nachteilig für die Gesamtmarktlage, nicht nur für den Röhrenmarkt selbst, war auch das Scheitern der Verhandlungen über ein Röhrensyndikat, das vorübergehend bereits geschlossen worden. — Nach der Veröffentlichung dieses Phönix-Berichts hat sich an den Eisenmärkten eine weitere Zunahme der Belebung nicht geltend gemacht, eher ist das Gegenteil eingetreten. Das belgische Stahlwerkstörner hat kürzlich die Preise für Halbguß ermäßigt, die Ausführungspreise verschiedener Eisensfabrikate am belgischen Markt sind ferner mit der Begründung neuer Unterbietungen der deutschen Eisenerze herabgesetzt worden.

Auf die Beachtung, die die große Oeffentlichkeit den Abschüssen der Rüstungsindustrie neuerdings mit Recht entgegenbringt, ist die Bilanz der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken für 1913 eingeleitet. Ein Vergleich der Bilanzzahlen der Gesellschaft in den letzten drei Jahren zeigt folgendes Bild:

	1913	1912	1911
Vortrag	606 159	612 079	605 840
Zinsen- und Beteiligungsgewinne	1 322 197	1 511 097	1 417 892
Fabrikationsüberschuß	6 108 544	5 633 896	5 860 277
Gesamtbruttogewinn	8 036 800	7 757 072	7 789 950
Unkosten	1 112 343	1 116 987	988 721
Abschreibungen	1 140 000	869 223	1 999 999
Reingewinn	5 784 558	5 770 851	4 845 229
Dividende	4 800 000	4 900 000	3 750 000
Dividende in Prozent	82	82	75
Neuer Vortrag	618 285	606 159	612 079

So glänzend dieser Abschluß ist, die von der Gesellschaft ausgetheilten Gewinne bleiben jedoch noch weit hinter den wirklich erzielten zurück. Aus den Erläuterungen, die die Gesellschaft zu ihrer Bilanz gibt, spricht förmlich die Genugtuung darüber, daß es gelungen ist, die in den Besprechungen über die Gewinne der Rüstungsindustrie geäußerten Erwartungen einer weiteren außerordentlichen Gewinnsteigerung der Deutschen Waffen- und Munitionswerke zu entäußern. Das mag merkwürdig klingen, doch die Gesellschaft ist von dem Wunsche befeuert, ihre Ueberschüsse nach Möglichkeit klein zu lassen, weil sie auf diese Weise sich gegen eine Kürzung ihrer Preise durch ihre Kunden, die staatlichen Verwaltungen, am besten zu schützen glaubt. Wie stark die Beschäftigung des Unternehmens im Jahre 1913 zugenommen hat, beweist schon die Zahl der Arbeiter, die im Jahre 1911 durchschnittlich 5516, im Jahre 1912 6621 und im Jahre 1913 8441 betrug. Aus laufenden Mitteln hat die Gesellschaft ihre bedeutenden Neuanlagen und Betriebsveränderungen bestritten, das Grundstücks- und Gebäudekonto zum Beispiel stieg von 4 auf 6,8 Millionen Mark, die zur Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen aufgenommenen bedeutenden Summen erscheinen in der Bilanz gleichfalls nicht, denn nach wie vor steht das Maschinenkonto mit 1 M zu Buch. Hierin allein sind Millionen verfliegt, die bei der Berechnung des Ueberschusses von vornherein ausgeschaltet wurden. Nach der Bilanz hat das Bankguthaben eine Abnahme von 22 auf 9 1/2 Millionen Mark erfahren, während die Warenvorräte von 4,68 auf 13,33 Millionen Mark stiegen. Dazu bemerkt die Gesellschaft, daß Kriegsmaterialien fest bestellt, aber wegen rückständiger Zahlungen nicht abgeliefert wurden. Deshalb stiegen die Warenvorräte, außerdem sind Auslieferungen auch mit der Zahlung für bereits gelieferte Ware im Rückstande geblieben. Das trug zu der Schwelgerei der Bankguthaben natürlich stark bei, aber die Gesellschaft erleidet aus den rückständigen Zahlungen keine Verluste, denn die ausländischen Staaten, in erster Reihe Mexiko und die Türkei, werden die bestellten Materialien abnehmen, die schon bezogenen auch bezahlen, dazu werden sie noch ansichtliche Zinsen für die verzögerten Termine entrichten. Die Verzögerungen (Kreditoren) der Gesellschaft sind im Jahre 1913 von 22,47 auf 28,46 Millionen gestiegen, und selbst in den Kreditoren sind ungewissheit beträchtliche Gewinne verfliegt. Bei Verzögerungen übernimmt die Gesellschaft gewisse Garantien, die sie sehr hoch in das Kreditorenkonto einsetzt, die aber erstattungsgemäß nur zu einem sehr geringen Teil für eine Auszahlung in Frage kommen. Aus allen diesen Gründen müßte eine regelrechte Bilanzierung denn auch für das besonders gute Rüstungsjahr 1913 noch ganz andere Gewinne an den Tag bringen.

Beschlossen hat die Generalversammlung der Optischen Anstalt von C. P. Goertz, Aktiengesellschaft, die bereits angekündigte Kapitalerhöhung um 2 Millionen Mark, von der die Verwaltung eine wesentliche Belebung des Geschäfts erhofft. Der Rohgewinn wurde mit 4,15 Millionen gegen 3,17 Millionen im Vorjahr ausgewiesen, der Reingewinn stellt sich jedoch mit 1,35 Millionen gegen das Vorjahr fast unverändert, weil die Abschreibungen sehr stark erhöht worden sind. Die Betriebsanlagengruppen sind nun alle auf 1 M heruntergeschrieben worden. Die Dividende beträgt wieder 15 Prozent. Die zu Goertz gehörende Aktiengesellschaft Sahn für Optik und Mechanik in Kassel berichtet, daß der Auftragsbestand zu Beginn des laufenden Jahres erheblich besser als vor Jahresfrist sei, in der Zwischenzeit wären ferner neue Aufträge ausländischer Seereserverwaltungen eingegangen. — Die Aktiengesellschaft für Feinmechanik in Tuttingen schlägt für 1913 wieder eine Dividende von 10 Prozent vor. — Eine Dividende von 8 Prozent, gegen das Vorjahr unverändert, wird die Elektrotechnische Fabrik Rheydt Mag Schorch & Cie., Aktiengesellschaft in Rheydt, verteilen. — Eine Erhöhung der Dividende von 10 auf 12 Prozent erfolgt bei der Aktiengesellschaft Voigt & Gaefner in Frankfurt a. M.

Wo die Schlothe qualmen.

Die Donnerstagsblätter sollen die Schilderungen El Fischer-Ederts über das häusliche Leben vieler Arbeiterfamilien in Hameln auf das Gewissen der Arbeiterfamilien, die alles wohlbestellt und in der Ordnung finden. Da steht das Wochensach die ganze Woche in der Küche, weil jedesmal, wenn ein schmerzliches Selbststück abgelegt wird, dieses gleich wieder gewaschen werden muß, denn mehr als einmal zum Waschen reicht es nicht bei der Anschaffung der Selbstwäsche. ... Von den 189 zu Klasse 2 gehörenden Familien (bei vier unterschiedenen Klassen) erklärten mit 92 Mütter, daß sie mit ihren Kindern nie spazieren gehen könnten, weil entweder die Kinder, die noch nicht zur Schule gehen, oder sie selbst keine Kleider hätten und weil sie gerade den Tag benutzen zum Flicken und Stopfen. Wie schön klingt da einem das Wort von der Feiertagsheiligung, die in Gottes herrlicher Natur mit Kind und Regel zur Erbauung und zur Kräftigung für neue Arbeit zu genießen, Pflicht eines jeden Bürgers und Familienoberhaupts sein soll. Was nutzt da alles Klagen über die mangelnde Kenntnis der Natur bei unseren Stadtkindern, was alle Klagen darüber, daß bei einer großen Zahl der Erwachsenen die Freude am Wirtschafter größer sei als an Wald und Feld, wenn unseren Kindern die einfache Vorbereitung fehlt, nämlich Schuhe und Strümpfe, die herrliche Gotteswelt von Jugend an sehen und lieben zu lernen?

Im Leben dieser Frauen drängt sich alles auf die eine Frage zusammen, was sollen wir essen, wo mit? Wo sollen wir uns kleiden? Und die Beantwortung dieser Fragen geht bis zum frühen Morgen bis zum späten Abend von der Wochensache zum Kochherd, vom Garten an die Nähmaschine und in den Viehstall. ... Eine müde Gleichgültigkeit spricht aus den Frauen, nur selten, daß eine einmal aus sich herausgeht und einen Wunsch oder eine Hoffnung ausdrückt, wie etwa, daß sie einmal wünschte, so leben zu können, daß die Schulden alle bezahlt wären und sie keine Schulden mehr zu machen brauchen. Die anderen haben alle auf die Frage, wo und wie möchten Sie Ihr Alter verbringen, nur die eine Antwort: Wo wir faktisch zu essen haben. Genug zu essen haben, das ist ihnen der Inbegriff ihrer Sehnsucht. Diese eine Frage der Notwendigkeit des Lebensmittels beherrscht das Denken der Mutter. Sie stehen alle bei dem Spegetischchen bis in der Küche, und wenn sie vom letzten Lohn oder Abschlag ihm nichts abzahlen konnten, dann weigert er sich oft, weiter zu sorgen. Mehr als jammervoll sind die Wohnverhältnisse der Arbeiterfamilien in einem Bezirk, wo die entwickelte Arbeitstechnik doch einen Massenkonsum der hergestellten Waaren für die Voraussetzung haben müßte. Bei einer Familie, wo El Fischer-Edert gerade um die Mittagszeit ihre Feststellungen machte, traf sie die Mutter mit ihren vier Kindern auf der Erde liegend, wie sie alle aus einem schwarzen Topf die soeben gebackenen Quarkbrotchen als Mittagessen irgend welche Beigabe verzehrten. ... Die Frau war 1908 aus Posen nach Hameln gekommen, wo ihr Mann auf der Gewerkschaft Deutscher Kaiser als Fabrikarbeiter Platz fand. Die Leute sind ohne jedes Mittel von dort hergezogen und haben hier beim Wirtschafter das gekauft, was nach ihren Ansichten für die Einrichtung eines Haushaltes genügt. Das ist ein Tisch, ein Kreuzstisch, ein Kochtopf, in dem Schlafkammer steht ein breites Bett und ein mit Kleider gefülltes Wäschekorb. Das ist der Schlafbehälter für die beiden zwei- und vierjährigen Kinder.

Das reinlich-keitsfällige Herrschaftsgebiet der großindustriellen Schornsteine hat mit den Versuchen, die selbständige Arbeiterbewegung möglichst zu erschweren, auch hohe Lohnpändungen zählten. Nach der Deutschen Bergwerkszeitung, die in der Schrift zitiert wird, wurden im Jahre 1908/09 auf 1000 Mann Belegschaft 850 Wohnbefehlagnahmen wegen Verschuldung vorgenommen, 1909/10 kamen auf 1000 Mann Belegschaft über 1400 Wohnbefehlagnahmen. Dabei kommen Pferdefleisch, gering und Kartoffeln als wesentliche Nahrungsmittel zur Geltung. Frau El Fischer-Edert bemerkt bitter: Es ist bezeichnend, daß in einer Gegend wie der rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wo besonders die höchsten Löhne für Bergarbeiter und Qualitätsarbeiter bezahlt werden, auch der Pferdefleischkonsum so groß ist, daß die Deckung aus Ölpflanzen, Posen und Süddeutschland erfolgen muß. Als benötigte Kartoffelmengen

wurden 3 bis 5 Zentner für den Monat von den befragten Familien angegeben, wozu mit Recht erklärt wird, wenn ein so großer Teil des Lohnes für den Kartoffelverbrauch ausgegeben werde, dann bliebe für die notwendige Nahrung nicht mehr viel übrig. Die Leute wollen aber in dem großindustriellen Bezirk, wo nach den Angaben der Betriebsleiter Milch und Honig fließt, auf andere Weise die hungerigen Mäuler nicht zu stopfen. Bei all dem wird die geringe Kaufkraft der Arbeiter durch die auf den Berg- und den Südküsten noch immer üblichen langen Lohnzahlfristen erschwert. „Die Lohnzahlung findet nach der Arbeitsordnung in der zweiten Hälfte des auf die betreffende Lohnperiode folgenden Monats statt, während in der ersten Hälfte dieses Monats eine Abschlagszahlung gewährt wird. Die Bergarbeiter (und die Arbeiter der großen Eisenwerke) stellen also dem Unternehmer ihre Arbeitskraft annähernd sechs Wochen zur Verfügung, ehe sie die volle Bezahlung für die von ihnen geleistete Arbeit erhalten. Dies und die Lohnzahlfristen innerhalb der einzelnen Arbeiterkategorien sind nur zu sehr geeignet, dem Borgsystem Vorschub zu leisten.“ Und nach dem Wortgenuss kommen eben die Lohnzahlfristen!

Sindem Frau St. Fischer-Erdt die Folgerungen aus ihren Untersuchungen zieht, findet sie, daß die Gesamteinnahmen der Familien bei der größeren Hälfte der Befragten zur Deckung der notwendigen Ausgaben nicht ausreichen. Die Folge dieses Mißverhältnisses tritt auch in einer starken Kindersterblichkeit hervor. Frau Fischer-Erdt besagt die Nachteile der nichtorganisierten Frau gegenüber dem organisierten Mann. „Die Organisation hebt und trägt den einzelnen über sich selbst hinaus, sie macht Streben nach Wissen und feilscher Vertiefung lebendig, sie klärt den Arbeiter über den Zusammenhang auf, der zwischen seiner ihm bisher so gering scheinenden Arbeit und der Entwicklung der deutschen Industrie besteht. Anders die Frau!... Die beiden von mir gestellten Fragen: „Lesen Sie die Zeitung oder Bücher“ und „wo denken Sie Ihr Alter zu verbringen“ haben in ihren Antworten eine solche Uebereinstimmung der völligen Bankrotklärung ihres Lebensinhaltes gezeigt, daß man nicht recht weiß, was mehr zu beklagen ist, die physische Unterernährung oder ihre physische Leere und Verarmung.“ „Sart und schwer fallen die Worte: „Eine Fremde unter Fremden, die sie nicht verstehen, ihre Persönlichkeit nicht kennen, lebt sie darin in trübseligem Lebenskampf, den die Frauen der Konjunktur, der Mangel an Erziehungsschritte ihr aufhängt. Einseitig, listlos drückt der Hunger und die Blöße ihrer Kinder sie unter die Herrschaft des nahesten Materialismus, und je schwerer und notwendiger die materielle Befriedigungsmöglichkeit zu beschaffen ist, desto mehr treibt ihr innerer Neugier in einen Zustand der Unzufriedenheit und Lebensverbitterung hinein, die feilschem Selbstmord gleichkommt.“ Wenn solche Frauen nach der Organisation gefragt werden, kommen wohl die geäußerten Worte: „Ne, wir sind ja doch nur Arbeiterinnen und ein Arbeiter gilt nichts, er bekommt nie Recht, da hat alles doch keinen Zweck!“

Bei ihren Forderungen zeigt sich auch bei der Frau Fischer-Erdt, daß sie aus ihrer bürgerlichen Haut nicht heraus kann. Sie meint, wenn sich erst die Menschen jenseits von hoch und niedrig kennen und verstehen gelernt hätten, dann löse sich jeder Gegenstand. So einfach lassen sich die Dinge leider nicht verdrängen. Eher läßt sich schon hören, wenn die Verfasserin der Wertheren Anspielung, die Werkschäfer in genossenschaftliche Selbstverwaltung der Arbeiter zu geben. Aber auch dies wird ein schöner Wunsch bleiben. Die Unternehmer würden im allgemeinen jeden Spieß an der Sache verlieren, wenn sie die Betriebskassen nicht mehr als Mittel zur Festhaltung der Arbeiterorganisation handhaben könnten. Ja der von Klassen getriebenen Gesellschaft wird auch die Selbstverwaltung von einer ausstrebenden Klasse nur durch Kampf erzwingen und nicht von den Herrschenden freiwillig gegeben. Und an diesem Kampf müssen trotz allem auch die Frauen teilnehmen, in diesem Kampf werden auch ihnen die Kräfte wachsen.

Niemandes Heimat! Dieser Einbruch erlangte Frau Fischer-Erdt von dem monatlichen Durchsicherungswege der Bevölkerung. Die Menschen, die die Stadt bevölkern, kommen aus allen Gegenden zusammen in der Hoffnung, hier das Idealland des

hohen Verdienstes gefunden zu haben, und da diese Hoffnung sich meistens nicht erfüllt, greifen sie wieder zum Wanderstab, um in einem anderen Zehentort dieselbe Enttäuschung zu erleben. Niemandes Heimat, dies traurige Wort für jeden, dem der Begriff der Heimat eine ganze Welt von Selbstgeboten umschließt, das ist das Mittel, in dem Tausende von Frauen dort in Hamburg die schwere Aufgabe ihrer Mutter- und Gattinnenpflichten erfüllen sollen, in dem Tausende von Kindern aufzuwachen, die durch den ständigen eigenen Wechsel und den der Nachbarschaft niemals die heilsame Wirkung einer Kindheits- und Jugendfreundschaft erfahren. Niemandes Heimat! Das ist der Rahmen, der mit charakteristischem Ausdruck das Bild einer müden, ausgemergelten, vielgewanderten Menschenengruppe umschließt, wo auf den schwachen Schultern der Frau die Herkulesarbeit liegt, mit Mitteln, die zwar hier in Hamburg auskömmlicher sind als anderwärts, aber doch nicht reichen, Kind auf Kind zur Welt zu bringen, Krankheit, Siedehum und Sterben fernzubalzen, Ordnung und Sauberkeit zu pflegen, und daneben noch den Kindern eine aufmerksame Erzieherin zu sein. In Familien mit einer drei- bis vierköpfigen Kinderzahl mag es der natürlichen Fähigkeit der Frau für häusliches Leben und häusliche Pflichten, auch ohne Schulung mit den Einnahmen des Fabrikarbeiters oder dergleichen erträgliche Verhältnisse zu schaffen; aber bei zunehmender Kinderzahl, gepaart mit der häufigen Wanderbewegung, da schreit in grellen Tönen die ganze Ungünstigkeit der mangelhaften weiblichen Vorbildung und entgegen, da erfährt uns der ganze Jammer mit dem verkümmerten Menschensein, das bei aller Liebe zu den Kindern, bei allem guten Willen, die Verhältnisse zu zwingen, diesen doch allmählich unterliegt. Dann stellt sich jene hoffnungslose, lähmende Gleichgültigkeit ein, die alles erträgt und allem seinen Lauf läßt, die nichts mehr sieht und erlebt, die nur noch mechanisch das Haus versorgt und Steine statt Brot reicht.“

So finden wir also die Arbeiterverhältnisse eines Bezirkes geschildert, wo die großindustriellen Scharmacher herrschen und von wo aus die ärgsten Vorwürfe gegen jede freie Betätigungsmöglichkeit der Arbeiter ausgehen: Niemandes Heimat! Diese Lage haben die geschaffen, die nicht mude werden, der Sozialdemokratie vorzuhelfen, daß sie Vaterland und Heimatgefühl nicht achte! Wie würde es erst in Deutschland aussehen, wenn die Scharmacher keine Widerstände fänden!

Kandelsvertragsumtriebe.

Noch ist es lange hin bis zum Ablauf der Handelsverträge, und schon sind die Ränke eingeleitet, die darauf abzielen, die Regierung auf bestimmte Richtlinien der Schutzzöllner festzulegen. Nichts anderes sind die Erklärungen der Minister Dr. Delbrück und Dr. Sydow, nichts anderes die Forderungen der Agrarier und der Großindustriellen. Der preussische Handelsminister erklärte, daß von deutscher Seite eine Änderung des Zolltarifs nicht beabsichtigt sei, die bisherige Handelspolitik werde fortgeführt werden. Weiter aber führte der Minister aus, „wenn andere Vertragsstaaten die bisherigen Verträge kündigen wollten, dann freilich wird die Frage einer Zolltarifnovelle bremsend, die unsere Wirtschaft für den Abschluß neuer Verträge verfährt, neue Erleichterungen auf dem wirtschaftlichen Gebiete herbeiführt und zugleich einzelne Mängel des Zolltarifs beseitigt. Um alsdann ein schnelles Vorgehen zu ermöglichen, sind unter den beteiligten Reichs- und preussischen Ressorts Vorarbeiten im Gange, die bereits so weit gefördert sind, daß Deutschland rechtzeitig einer veränderten Situation entgegenstehen können.“ Diese Ankündigung ist von um so größerer Bedeutung, als der Staatssekretär Dr. Delbrück sich nur im Sinne einer Nichtkündigung ausgesprochen hatte, ohne die weiteren An- oder Abkündigen der Regierung anzudeuten. Erst eine spätere halbamtliche Mitteilung besagte, daß die Regierung mit einem stillschweigenden Weiterlaufen der Verträge nicht einverstanden sei, so daß sie von jeder Seite jeden Augenblick gefündigt werden könnten, worauf sie nach zwölf Monaten eintreten müßten; Deutschland würde nur neue langfristige Verträge abschließen.

Jetzt hört man Herrn Dr. Sydow von einer Zolltarifnovelle reden, da die Agrarier die Erklärung seines Reichskollegen ungnädig aufgenommen hatten, weil doch der deutsche Zolltarif Wunden habe, die ausgefüllt werden müßten, und dem Auslande Zugeständnisse gemacht worden seien, die nicht noch einmal gewährt werden dürfen, so zum Beispiel die Zollfreiheit auf frisches Obst, Gemüse, Blumen, auf Milch und Rahm, auf frische Fische. Und seien die Getreidezölle in Wirklichkeit hinter den agrarischen Wünschen zurückgeblieben. So betrage der Zoll für 100 Kilogramm:

	im autonomen in Handels-	im autonomen in Handels-
	tarif	tarif
Roggen . . .	7,-	5,-
Weizen . . .	7,50	5,50
Futtergerste . . .	7,-	1,80
		Malzgerste . . . 7,-
		Hafer . . . 7,-
		Mais . . . 5,-

Daraus ergibt sich, daß eine einfache Erhöhung der Getreideverträge bedeuten würde: Eine kolossale Erhöhung der Zollsätze, die den agrarischen Kaufvolken das Wasser in die Munde zusammenrinnen macht. Das bloße Erlöschen der Verträge ist aber so unwahrscheinlich, daß es wirklich nicht praktisch in Betracht kommt. Wenn es unvorhergesehen ist freilich das unveränderte Weiterbestehen der Handelsverträge, wenigstens der mit so wichtigen Nachbarstaaten wie Rußland und Oesterreich abgeschlossenen, so sehr dies der Regierung erwünscht wäre. Denn daß sie am liebsten in dieser spezialisierten Sache jedes eigene Vorgehen vermeiden möchte, ist verständlich. Auch ihr kann nichts daran liegen, durch weitere Eingebung an die Agrarier die Opposition, die seither nur durch einen Gewaltstreik gebildet werden konnte, in gefährlicher Weise zu reizen und sich all die Schwierigkeiten auf den ordnungsgemachten Hals zu laden, die die Verabschiedung beratiger Gesetze verursacht. Wie die Dinge nun liegen, werden gerade die Verträge mit Rußland und Oesterreich-Ungarn einer Wänderung unterzogen werden müssen.

Zu Rußland verlangt man heute schon eine Herabsetzung der deutschen Lebensmittelzölle und eine Wänderung der Vorschriften für die Vieheinfuhr, ferner die Beseitigung der berüchtigten Getreideeinfuhrzölle (das heißt der Ausfuhrprämien auf deutschem Roggen) und den Eintritt Finnlands in das russische Zollgebiet, womit die jetzt starke Roggenausfuhr dahin aufhöre würde; endlich auch eine Erhöhung der russischen Zölle auf deutsche (also auf alle meistbegünstigten) Industrieartikel. Es wäre sonach vom Standpunkte der deutschen Regierung und ihrer Schützlinge sehr bedenklich, wenn die Regierung den russischen Vertrag kündigen wollte. Sie verliere einen Vorteil, den sie heute noch sicher in der Hand hat. Rußland liefert die für die Schweinezucht so wichtige Futtergerste. Den Zoll auf diese unentbehrlichen und unerlöschlichen Rohstoffe zu erhöhen, hieße die Schweinezucht ruinieren; ihn herabsetzen, hieße wieder sich eines guten Druckmittels gegen Rußland entäußern. Ueberdies muß alles vermieden werden, was den Absatz für die deutsche Ausfuhr beeinträchtigen könnte. Einer der größten Märkte für die deutsche Industrie ist Rußland. Die Ausfuhr dahin wird nur von den Vereinigten Staaten, Oesterreich-Ungarn und England übertrifft. Während aber England und die Vereinigten Staaten nur die sogenannte Meißelbegünstigung genießen, bestehen mit Rußland und Oesterreich-Ungarn förmliche Handelsverträge. Dabei ist gar kein Zweifel, daß die Ausfuhr Deutschlands nach Oesterreich-Ungarn und England weitaus größer ist als die deutsche Einfuhr aus diesen Staaten, während die Dinge mit Rußland und Amerika umgekehrt liegen, indem der Warenbezug aus dieser Länder die deutsche Ausfuhr dahin weit übersteigt.

Aus all dem erklärt sich, daß es der Regierung am liebsten wäre, wenn sie der Notwendigkeit, das Ausere zu bewegen, entgehen könnte. Kann sie doch mit Recht darauf bestehen, daß sich Agrarier und Großindustrielle bei den gegenwärtigen in Geltung befindlichen Verträgen in mäßiger Weise bereichern haben. Auch die kürzlich veröffentlichten vorläufigen Zahlen der Handelsstatistik für das Jahr 1913 bestätigen dies. Wiederrum steht einer riesigen Ausfuhrsteigerung eine fast gleichgebliebene Einfuhr gegenüber. So ist es schon seit Jahren. Im Jahre 1911 stieg die Ausfuhr gegen das Vorjahr um 632, 1912 um 851, 1913 um 124 Millionen Mark, so daß der Einfuhrüberschuß von 1734 Millionen im Jahre 1912 auf 614 Millionen im Jahre 1913 gesunken ist. Was dies zu bedeuten hat, ist nicht schwer zu enträtseln: die kapitalistischen Klassen Deutschlands machen auf den Weltmärkten viel größere Geschäfte als

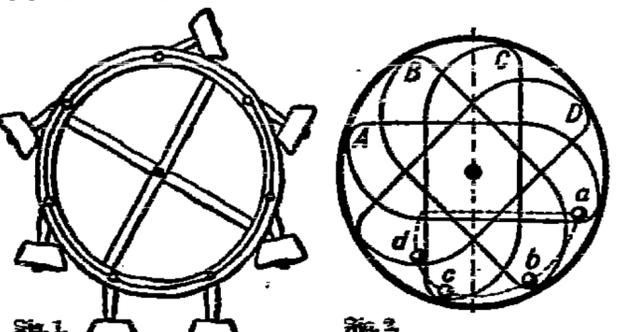
Zur Geschichte des Perpetuum mobile.

Von Professor Dr.-Ing. G. M. Schöler (Darmstadt).

Die Ziele des menschlichen Geistes haben sich zu gewissen Zeiten in merkwürdige Formen verloren. Als treffende Beispiele hierfür können die Bestrebungen des Mittelalters auf manchen Gebieten der Naturwissenschaften gelten. Mathematiker suchten die Quadratur des Kreises und die Dreiteilung des Winkels, Alchemisten suchten nach dem Stein der Weisen, Astrologen suchten nach der sichern Stellung des Scheiter der Zukunft zu wissen, und Mechaniker wollten das Perpetuum mobile, eine Maschine mit unerschöpflicher Bewegung, erfinden. Diese erfolglosen Bemühungen, auf welche unzählige Menschen Zeit und Mittel verschwendet worden sind, waren von der scholastischen Denkart und dem allgemeinen Dogma der Kirche begünstigt worden, unter dem sich bis zur Reformation die Wissenschaft bewegen durfte und dessen Einfluß sich auch über spätere Jahrhunderte erstreckte. So hatte Lavoisier die Wange noch im Jahre 1808 die Feuerzunderung des Sauerstoffes angepöbel, weil die Bibel im Buch Josua der Bestätigung einer Erdbeuge widerstand; Otto v. Guericke hatte 1672 in seinen Experimenta Magdeburgensia neben den ersten Versuchen der Physik den Ort des Himmels und der Erde und die Bedeutung des jüngsten Gerichts untersucht, und nach Jean Remond's Tode war im Jahre 1736 eine hinterlassene Physik über den Propheten Daniel und die Offenbarung des Johannes veröffentlicht worden.

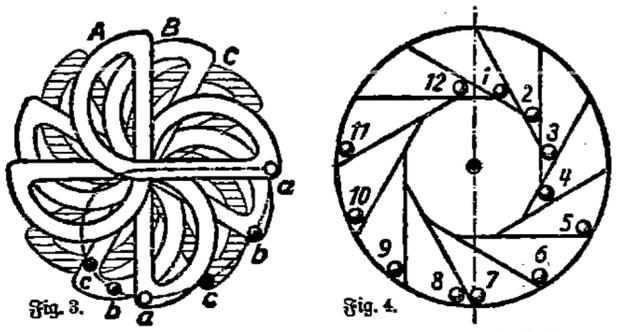
Während die heutige Sternkunde mit ihren Aufträgen auf die Astrologie zurückzuführen und auch die Chemie den mittelalterlichen Schwärmsinnern manche Zufallsbeobachtung von großem Wert verdankt (1689 Phosphor von Brandt in Hamburg, 1781 Bergmann von Wützig auf der Festung Königstein), haben die Versuche zur Gewinnung des Perpetuum mobile nicht den mindesten Nutzen für die Physik und Mechanik gebracht. Schon 1700 hatte der französische Physiker Paracelsus darauf hingewiesen, daß die Erzeugung jeder Maschine eines gewissen Schwerepunktes habe, der bei ihrer Umdrehung in eine tiefe Lage kommt, wenn die Bewegung aufhört, so daß die Welle des Winkels des Winkels, wenn die Welle der Erde oder der Erde in ihre ursprüngliche Form zurückgeführt. Wenn demnach bis in die Gegenwart noch solche Maschinen, welche die Frage des Perpetuum mobile lösen zu haben behaupten, so ist dies nur dadurch zu erklären, daß derartige Erfinder ohne genügende Sachkenntnis an ihre verabsäumte Aufgabe herantreten. So kommt es, daß viele Erfinder in ihren Plänen von dem gleichen Irrtum ausgehen, wie ihre Vorgänger; während sie nur noch durch eine ungenügende Kenntnis der Naturgesetze getrieben zu sein glauben, gehen sie in der Tat in völliger Unkenntnis der physikalischen Gesetze gegen die Natur, die ihre Erfindung schon vor Jahrhunderten von selbst unmöglich ohne Erfolg erbracht wurde.

Der heutige Sprachgebrauch versteht unter „Perpetuum mobile“ eine Maschine mit unbegrenzter selbsttätiger Triebkraftzeugung, wogegen im Mittelalter hierzu auch Vorrichtungen zur Umwandlung meteorologischer Vorgänge in eine treibende oder stützende Bewegung gerechnet wurden. Die letztere Vorstellung umschließt zwar keine Unmöglichkeit, hat aber mit Ausnahme unserer Wasserkraftmaschinen, die durch den Kreislauf des Wassers in der Natur betrieben werden, zu keinen praktischen Ergebnissen geführt. Die Veränderung der Lage- und Richttemperatur und die Schwankungen des Quecksilberstandes im Barometer hat man zum Antriebe von Uhren verwendet und hierdurch Jahrmärkte gewonnen. Der Versuch von Göbe und Jüli des Steines hat trotz vieler Versuche noch nicht als wirtschaftliche Arbeitsquelle angesetzt werden können, wenn auch neuere Versuche vermehren lassen, daß unter besonders günstigen Umständen derartige Anlagen in Bezug auf Wirtschaftlichkeit einen guten Wirkungsgrad liefern. Die Frage des Windes



zum Betrieb mechanischer Elektrizitätswerke ist in Island von Professor R. Passer vorgeschlagen worden, die Ausnutzung derartigen Anlagen hat die Maschinenfabrik Duxit übernommen. Die älteste Nachricht von einem Perpetuum mobile stammt aus der Mitte des 13. Jahrhunderts und rührt von einem französischen Kupferstecher Namens de Fontenaine her; die im Conservatoire des Arts et Metiers zu Paris aufbewahrte Skizze zeigt ein Rad (Fig. 1), an dessen Umfang jedes halbkreisförmige Gebel gleichmäßig befestigt sind. Bei einer Umdrehung des Rades in Uhrzeigersinn sollte sich infolge der Ungleichheit der Hämmerzahl stets auf der rechten Seite ein Drehmoment heraus ergeben. Ein ähnliches Beispiel, bei welchem an die Stelle der am Radumfang befestigten Hämmer einfache Klappflügel treten, wurde gegen 1440 von Hieronymus Jacobus aus Siena angegeben; die Beschreibung ist in der Maschinenfabrik Duxit aufbewahrt. Derartige Vorrichtungen sind in vielteiligerer Ausgestaltung bis in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts in großer

Zahl erdacht worden, wobei alle Erfinder übersehen, daß die Umlegung der Gewichtshebel am Scheitel ihrer Bahn nicht ohne Kraftaufwand auszuführen sei. Gleichwohl hatte schon 1722 ein Mathematiker Gottlieb Diez in seiner Göttinger Dissertation De impossibilitate motus perpetui und 1770 der englische Physiker James Ferguson die Unmöglichkeit derartigen Ausführungen nachgewiesen. Auch Leonardo da Vinci (1452-1519), der mittelalterliche Meister der angewandten Mechanik, hat sich mit der Frage des Perpetuum mobile beschäftigt; sein Skizzenbuch enthält zwei auf ähnlichem Gedankengang beruhende Vorschläge, deren einer in Fig. 2 wieder gegeben ist. In einer Trommel sind vier Kanten A, B, C und D eingezeichnet, welche als Kollummen für die Kugeln a, b, c und d dienen. Die eigentümliche Krümmung der Kanten bewirkt, daß die Kugeln sich auf der gestrichelten Kurve bewegen, deren einseitige Lage zu dem durch die Höhe gelegten Lot ein Drehmoment ergeben muß, das nach Ansicht des Erfinders zu einer dauernden Drehung der Trommel im



Sinne des Uhrzeigers führen sollte. Einer ähnlichen Vorstellung verdankt auch Leonardo's zweiter Vorschlag (Fig. 3) seine Entstehung. Nur zwei Fälle sind bekannt von einer gelungenen Lösung der Unmöglichkeit durch ein Perpetuum mobile. Im Jahre 1656 ließ der Markgraf von Worcester vor König Karl I. von England und den Herzögen von Richmond und Hamilton im Tower zu London ein Rad von 14 Fuß (= 4 1/4 m Durchmesser) emige Zeit laufen, in dessen 40 Stellen Eisenkugeln mit einem Gewichte von 50 Pfund ruhten. Die Skizze dieser Vorrichtung ist heute noch im Britischen Museum aufbewahrt; auf welche Weise der hochgeborene Erfinder seinen Betrag in Szene setzte, ist nie aufgedeckt worden. — Die zweite Lösung der Unmöglichkeit gelang 1826 Ernst Bessler-Dresdener, der sich durch mancherlei Künste vom heimathlosen Landstreicher zum Sommerrentier des Landgrafen Karl von Hessen aufschwungen hatte. Derselbe baute im Jahre 1717 auf dem Schloß Weihenstein bei Kassel ein selbsttätiges Wunderrad, das sich ohne Stillstand sechs Wochen in einer verschlossenen Kammer drehte. Erst nach einigen Jahren kam es durch Bessler's Zusage, daß das Rad des Druffens durch ihn, seine Frau, seinen Bruder und eine Magd von einer verfluchten Stelle aus im Gang erhalten worden war; der Erfinder wurde nach Einleitung eines Scheinprozesses außer Landes verwiesen. Vermuthlich veranlaßt durch das Aufsehen, welches die Schriften des Druffens erregten, hat Jakob Reupold 1726 in seinem Theatrum

Der fremde Wettbewerb auf den deutschen Absatzgebieten, die besser gegen das Ausland abgeschlossen sind als dieses gegen Deutschland.

Einfuhr:

Table with 4 columns: Warengruppen, 1913, 1912, 1911. Rows include Erzeugnisse der Landwirtschaft, Mineralien, Chemische, etc.

Ausfuhr:

Table with 4 columns: Warengruppen, 1913, 1912, 1911. Rows include Erzeugnisse der Landwirtschaft, Mineralien, Chemische, etc.

Die deutsche Einfuhr hat sonach einen Rückgang von 10 691 auf 10 675 Millionen Mark erfahren, nachdem sie 1911 um 772 und 1912 gar um 985 Millionen Mark zugenommen hatte.

Aber auch die Industriellen können zufrieden sein mit den Wirkungen der Handelsverträge und des Zolltarifs. Sie teilen sich in die übrige Mehrausfuhr.

Industrielle wie Fuhrer können sich also die Hände reiben. Aber die deutschen Arbeiter? Was haben sie von den Handelsverträgen?

taures Brot... Und darum wird die Erneuerung der Handelsverträge, die 1916/17 erfolgen soll, mit einer Novelle zum Zolltarif nicht abgetan werden können.

Hüttenarbeiterchus und preußisches Dreiklassenhaus.

Bei den letzten Wahlen zum preußischen Dreiklassenhause haben die sozialdemokratischen Wähler von Neudölln-Schöneberg unseren Kollegen D. Hue mit ihrer Vertretung betraut.

Die Vertreter des Montanlokals im Dreiklassenhause scheinen die Anwesenheit Hues freilich nicht besonders angenehm zu empfinden. Das zeigte sich deutlich am 7. März 1914.

Der Abgeordnete Giesberts (Zentrum) bemerkte unter andern, daß man sich der Dinge schämen müsse, die durch die Düsseldorf-Gewerbeinspektion über die Zustände in den großen Hüttenwerken festgestellt worden seien.

Meine Herren, lassen Sie mich zunächst einige Tatsachen aus dem Gewerbeinspektorenbericht über die Grobblechindustrie anführen.

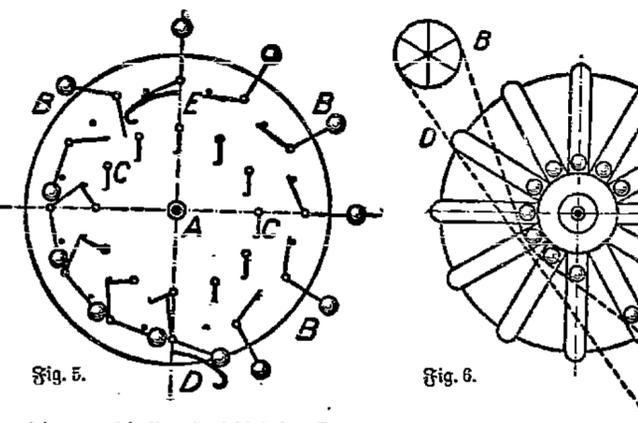
der sollte es einfach für unmöglich halten, daß nach so vielen Erhebungen, nach so vielen unüberleglichen Feststellungen nun noch von der Regierung geplant werden kann, eine Arbeitszeit bis zu 16 Stunden pro Tag in den Eisenindustriebetrieben, also auch in den Feuerbetrieben, zuzulassen.

Meine Herren, wie steht es heute schon? 1911 sind verfahren worden in den großen Eisenindustriebetrieben 21,2 Millionen Ueberstunden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

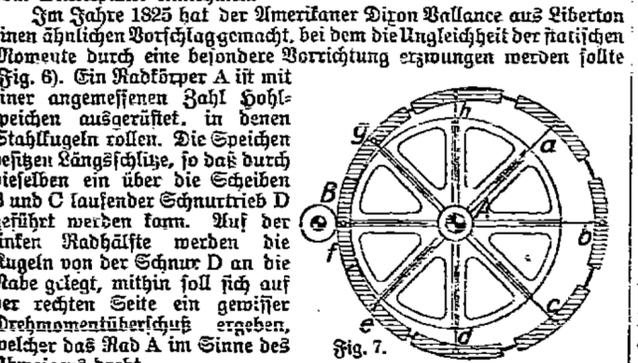
Meine Herren, Ueberstunden wurden geleistet nach den Angaben der Gewerbeinspektionen von 44,61 Prozent der Hauptbetriebsarbeiter, also der eigentlichen Feuerbetriebsarbeiter, und von 71 Prozent der Reparaturarbeiter.

Weiter, meine Herren! Es heißt in den Erklärungen, die gestern von Herrn Dr. Beumer und vorhin von Herrn Dr. Cremer wiederholt worden sind, daß innerhalb der 12 Stunden regelmäßig 2 Stunden Pause seien, außerdem noch viele sonstige Pausen.

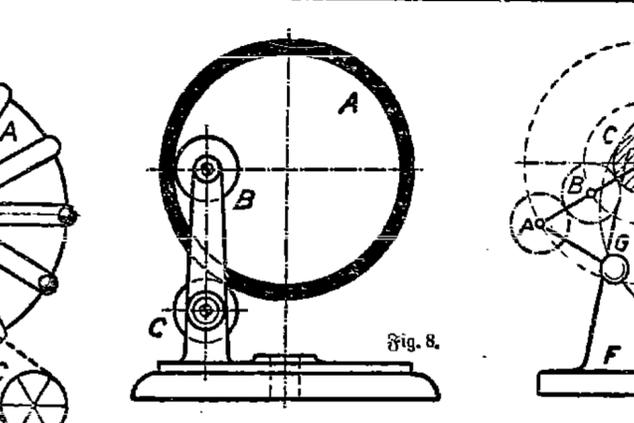
Die Praxis ist so, daß, wenn — natürlich augenblicklich, wo der Betrieb flau ist, ist es anders — Hochkonjunktur herrscht, wenn alle Kräfte angepannt werden, ein Moden nach dem andern jagt.



machinarum die Unmöglichkeit des Perpetuum mobile mit Gewichtsrädern an einem Beispiele (Fig. 4) nachgewiesen. Er berechnete die Abstandssummen der Rollkugeln eines zwölfstelligen Rades.



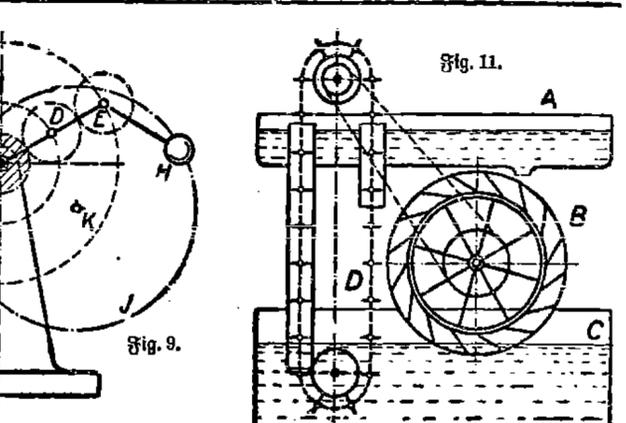
Selbst 1901 hat noch ein gewisser Hoeppe der Firma Gebr. Körting in Düsseldorf die Zeichnung zu einer Vorrichtung vorgelegt (Fig. 7),



bei welcher ein Rad A mit hohlen Speichen von einem Ringe umgeben wird, der acht bogenförmige Gewichte a bis h trägt. Die Schwerpunkte der Gewichte werden durch biegsame Stäbe in Richtung der Speichen geführt.



Aus dem Jahre 1858 stammt der von Pierre Richard angegebene Gedanke, welchen Fig. 10 verdeutlicht.



Die Überzeugung von der Unmöglichkeit des Perpetuum mobile half dem holländischen Mathematiker Simon Stevin, welcher 1605 seine Hypomnemata mathematica veröffentlichte, zu einem indirekten Beweise der Gesetze der schrägen Ebene.

Bevor gegen die Mitte des 18. Jahrhunderts die Dampfmaschine aus den ersten Anfängen ihren Siegeslauf begann, stand der mittelalterlichen Technik zu Kraftzwecken nur das Wasserrad zur Verfügung.

Einige Duzend solcher Vorrichtungen sind in der Literatur zu finden, das bekannteste Beispiel dürfte das in Robert Studds Technica Macrocosmi von 1618 beschriebene sein (Fig. 11).

Weber die Bundesratsverordnung, die hier schon mehrfach angezogen worden ist, und die geändert werden soll, haben sich die Unternehmer schon seit ihrem Erlaß beschwert. Ich bin ja eigentlich — das darf ich wohl sagen — das Karnickel. In den Jahren 1904 und 1905 habe ich im Reichstag die Lage der Hüttenarbeiter geschildert. Ich hatte damals schon ein Rencontre mit Herrn Dr. Beumer. Daß ich die Lage der Hüttenarbeiter schilderte, war nur dem einfachen Umstande zu danken, daß es sich um eben meine engeren Arbeitskollegen handelte. Darum konnte ich als erster im Reichstag ihre Lage schildern. Ich will durchaus nicht die Behauptung aufstellen, daß kein anderer Abgeordneter sich für die Sache interessierte. Tatsache ist aber nun einmal, daß von unserer Seite der Stein ins Rollen gebracht worden ist. So schwere Behauptungen ich nun damals, vor fast zehn Jahren, aufgestellt habe über die lange Arbeitszeit der Hüttenarbeiter, über die Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, über die schlechten sanitären Verhältnisse der Werke, über die hohe Unfallzahl, — so schwerwiegende Behauptungen ich aufgestellt habe, nicht eine einzige ist trotz eifrigen Untersuchens als unwahr erwiesen worden. (Widerpruch des Abgeordneten Hafendelever.) — Nicht eine einzige! Wenn Sie den Beweis dafür haben wollen, verehrter Herr Kollege, so lassen Sie sich von den Herren von der Regierung die Protokolle der Untersuchung geben, die anlässlich der Vorarbeiten für die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 abgefaßt worden sind, dann vergleichen Sie die mit meiner Rede, die ich damals im Reichstag gehalten habe, und Sie werden sehen, daß Punkt für Punkt das, was ich ausgesprochen habe, bestätigt wird. Ich wundere mich nur — es ist wiederum ein Beweis für den großen Einfluß, den die Hüttenbesitzer auf die Maßnahmen der Regierung ausüben — daß trotz der tatsächlichen Beweiskführung nur eine Bundesratsverordnung herauskommen konnte, über die der Deutsche Metallarbeiter-Verband in seiner Petition an den Reichstag unter Berufung eines großen Tatsachenmaterials sagt: „Die Bundesratsverordnung des Bundesrats“ — es sollte nämlich dadurch eine zweifelhafte Pause innerhalb der zwölfstündigen Arbeitszeit eingeführt werden — vom 19. Dezember 1908 hat den Hüttenarbeitern keine wesentlichen Erleichterungen gebracht. In einer großen Zahl von Betrieben werden die vorgeschriebenen Pausen von zwei Stunden nicht innegehalten, ebensowenig die vorgeschriebene einstufige Mittagspause und die Mindestruhe von acht Stunden zwischen zwei Schichten.“ Desgleichen erklärt in ihrer Petition an den Reichstag die bereits von einem der Herren Abgeordneten erwähnte Petition der Gesellschaft für Sozialreform folgendes: „Die Bundesratsverordnung vom 19. Dezember 1908 hat ihr Ziel nicht erreicht. Das ist auch im Reichstage wiederholt betont worden, und in Anträgen und Resolutionen ist mehrfach die Revision der besagten Verordnung verlangt worden. Die Bundesratsverordnung schützt die Arbeiter nicht vor überlanger Arbeitszeit.“

Meine Herren, da haben Sie von zwei verschiedenen Seiten die Bestätigung meiner Behauptung, daß die Bundesratsverordnung durchaus unzulänglich ist und in einer ganzen Anzahl von Punkten überboten und umgangen werden kann. Ich bedaure lebhaft, daß sich die Regierung nicht zu einer Gesetzesvorlage aufgeschwungen hat, die, wenn auch noch nicht sofort den Achtstundentag, so doch eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit in der Großindustrie vorsehrt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, ich bin viel zu sehr vertraut mit den Verhältnissen, als daß ich verlangen könnte, die Verkürzung auf acht Stunden sollte von heute auf morgen eingeführt werden. Davon hat auch noch niemand, weder die freien Gewerkschaften, noch die christlichen Gewerkschaften, noch die Christ- und Arbeitervereine, gesprochen. Verlangt wird allseitig, daß die Gesetzgebung sich mit dieser Materie befaßt. Engenommen zu veranlassen ist heute nicht mehr nötig nach den vielen schon angeführten Untersuchungen. So wie es aber heute wieder seitens der Regierung geplant ist, soll wieder nichts Durchgreifendes gemacht werden, und dagegen muß ich mich im allgemeinen Interesse und im besonderen Interesse der außerordentlich schwer geplagten Hüttenarbeiter wenden.

Vorhin wurden vom Herrn Abgeordneten Cremer wie auch gestern vom Herrn Dr. Beumer die markigen, kräftigen Gestalten der Hüttenarbeiter gepriesen. (Zuruf des Abgeordneten Hafendelever.) — Ja, meine Herren, alle haben sie nicht so erstickt wie wir, wie unser Herr Kollege Hafendelever. Es gibt allerdings auch solche Engländer darunter. Aber das ist doch kein Grund, nunmehr die Arbeitsverhältnisse so zu belassen, wie sie heute sind, damit diese starken, kräftigen Leute, soweit sie es noch sind, körperlich zertrübt werden. Meine Herren, was soll das Ergötzen von den höchsten Anstaltschefs mit den Hüttenarbeitern, dieses Ergötzen, das Herr Dr. Beumer vorbringt, befragen? Sehen Sie sich doch einmal die Hüttenarbeitergestalten von Almeria an! Dort finden Sie die Anwesenheit der Feuerbetriebsarbeiter so pläplich wie nur denkbar dargestellt. (Zuruf: Das sind belgische Arbeiter!) — Herr Dr. Hafendelever, ich kenne auch die belgischen Eisenhüttenarbeiter, und ich sage: es ist in Belgien nicht besser und nicht hygienischer als bei uns. Ich bin der Überzeugung, der sagen würde, wir hätten die allerhöchsten Arbeitsverhältnisse. Das kann ich nicht, weil ich aus meinen Erfahrungen im In- und Auslande das Gegenteil weiß. Ich werde nicht sagen, daß wir die schlimmsten Arbeitsverhältnisse in der Welt hätten. Aber es kann doch nicht unser Ziel sein, nach den schlimmsten Zuständen zu streben. Sie sind in Deutschland, in Preußen schon schlimmer genug.

Meine Herren, die Erklärung, die Herr Dr. Cremer vorhin abgegeben hat, nämlich betreffend die Einführung der Achtstundentage, widerlegt schon allein hinsichtlich der Sachlage, daß wir bereits eine Anzahl von Hüttenbetrieben in Preußen haben, wie der Gewerbeinspektorenbericht anzeigt, wo die Achtstundentage eingeführt ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), ein Fall, das doch wichtig bedacht werden muß.

In seiner Studie über die lothringischen Eisenhüttenarbeiter hat Herr Dr. Wolfelmann im Auftrag der Gesellschaft für Gemeinwohl mitgeteilt, daß ein Hüttenbetriebe in Lothringen aus praktischen Erwägungen heraus zu der Achtstundentage gekommen ist und mit ihr die vorzügliche Erfahrungen gemacht hat, daß es seinen Arbeitern, einem belgischen Finanzkolonialen, sich in Brüssel, die Mitteilung machte, daß die General- und die Spezialgesetzgebung der Achtstundentage herabzusetzen vermieden hätten, und dabei hätten die Arbeiter nicht schlechter verhalten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Er möchte lieber den Reichstag machen, die Achtstundentage auf die anderen Betriebsstellungen auszuweiten. Was meinen Sie denn dazu, was die Herren Kapitalisten zu diesem jugendlichen Vorschlag sagen? Sie erklären dem Herrn Direktor: Es wird ihm befallen, daß er die Achtstundentage wieder abzuschaffen und die frühere Zwölfstundentage wieder einzuführen, was wohl nicht den Besten der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit Vorzug leisten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So steht es drinnen aus. Und dann kommen die Interpellationen her und haben von den technischen Kommissionsberichten der Achtstundentage. Ich habe den beizugewandten Wunsch, daß man nicht von den praktischen Arbeitern aus dem Land, sondern aus den Leuten, die sich über die kollektivistischen und technischen Entwürfe ein höheres Urteil haben bilden können, Gelegenheit gibt, über die Möglichkeit einer Achtstundentage in der Großindustrie zu verhandeln. Dazu werden wir zu anderen Gelegenheiten kommen als hier.

Wie ist es mit dem Arbeiterrecht bestellt? Lesen Sie die Berichte der Gewerbeinspektoren nach. Es gibt in Deutschland fast keine Berufsgenossenschaft, in der so hohe Unfallzahlen zu verzeichnen sind wie in einigen Eisen- und Eisenwarenherstellungsbetrieben. Sie können gleich den Unfallstatistik heranziehen. In der hiesigen hiesigen Metallarbeiter-Gewerkschaft sind 1912 auf 1000 Beschäftigte 49 Unfälle eingetreten, in der nordwestlichen Eisen- und Eisenwarenherstellungsgewerkschaft 88, in der hiesigen Eisen- und Eisenwarenherstellungsgewerkschaft 90, in der hiesigen Eisen- und Eisenwarenherstellungsgewerkschaft 111, in der hiesigen Eisen- und Eisenwarenherstellungsgewerkschaft 179! (Hört, hört!) Gerade die Herren, in deren Betrieben die weitesten größten Zahl von Unfällen sich ereignet, sind es, die den heftigsten Widerstand gegen den Schutz der

Hüttenarbeiter einsetzen und mit ihrer ganzen Macht auf die Regierung drücken, um sie zu zwingen, den Wünschen der Hüttenarbeiter nicht Folge zu leisten. So liegen die Dinge. Ich möchte vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß in den Betrieben der rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerksbetriebe die meisten Unfälle passieren. Und diese Herren lassen durch ihre Wortführer im Reichstage, hier im Hause und auch draußen im Lande und nicht zuletzt im Ministerium mit aller Macht gegen den Schutz dieser Arbeiter vorgehen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Abgeordneter Cremer redete von den gefundenen Verhältnissen in der Industriearbeiterfrage, und gestern sprach auch Herr Abgeordneter Dr. Beumer wieder davon. Ich habe in der Ecke — man kann ja nicht ein ganzes Archiv bei sich haben — einige Krankenzahlen aus Hüttenbetrieben zusammengestellt, und zwar aus den Handelskammerberichten. Die normalen Krankheitszahlen der deutschen Eisenindustrien u. s. w. sind 40 bis 45 Krankheitsfälle auf 100 Arbeiter. Dagegen entfallen in den beiden Jahren 1911/12 — ich habe die beiden Jahre zusammengekommen, um eine größere Zahl zur Verfügung zu haben — in der Kupferhütte in Essen auf je 100 Arbeiter 63 Krankheitsfälle, auf der Gutehoffnungshütte 62 auf 100. Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich bei diesen beiden Werken nicht hauptsächlich um Feuerbetriebe handelt, sondern es gibt da eine große Zahl von Werkstättenarbeitern, Mechanikern und dergleichen. Hier kommt also die eigentliche Gesundheitsgefährdung im Feuerbetriebe nicht zum Ausdruck; wohl aber in den folgenden Zahlen. In der Fabrik Eßlingen in Württemberg a. Ruhr ist schon mehr die eigentliche Hüttenarbeiterfrage vorhanden. Da entfallen auf 100 Arbeiter 77 Krankheitsfälle, in der Friedrich-Wilhelm-Hütte in Württemberg 82 auf 100, in der Zinkindustrie Grillo auf 100 Arbeiter 95 Krankheitsfälle. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), in der Phönix-Eisenhütte Kupferberg 93, in der Zinkhütte Borbeck 104 Krankheitsfälle auf 100 Arbeiter. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und in der Eisenhütte Borbeck sogar 130 Krankheitsfälle auf 100 Arbeiter. (Erneutes Hört, hört!)

Meine Herren, sind das nicht erschreckende Zahlen? Haben wir höher nicht allen Anlaß, mit dem nächsten Nachdruck zu fordern, daß man diesen Menschen, die hier rühmend als kräftige Gestalten hingestellt werden, die aber, wie die Statistik beweist, in der furchtbarsten Weise von Krankheiten und Unfällen heimgegriffen werden, gesetzlichen ausreichenden Schutz zu gewähren? Haben wir nicht allen Anlaß, an die Regierung die dringende Bitte zu richten, sich nicht von den kapitalistischen Interessen unterwerfen zu lassen, sondern ihre sozialpolitische Pflicht zu tun? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, der Herr Dr. Cremer, der vorhin die prächtigen, starken Gestalten der Industriearbeiter gar nicht genug zu loben mußte, dieser selbe Herr Dr. Cremer schrieb in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung vom Freitag den 27. Februar 1914 — das ist also noch gar nicht lange her — über die rheinisch-westfälische Arbeiterfrage und ihren Gesundheitszustand folgendes:

„Der Prozentsatz der Militärausgaben ist in Westfalen von 58,4 Prozent im Jahre 1900 auf 83 Prozent im Jahre 1910 gestiegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der lebend Geborenen sank auf's Tausend der Bevölkerung im Bezirk Arnberg von 41,45 auf 34,74, im Bezirk Düsseldorf von 54,40 auf 39,46.“

Es scheint, als ob Herr Dr. Cremer in diesen paar Zeilen über die Körperbeschaffenheit und die Gesundheitsverhältnisse der westfälischen Industriearbeiter eine ganz andere Anschauung bekommen hat. So schnell hätte ich mich bei einem so unheimlichen Westfalen einen Wandel der Überzeugung doch nicht vorgestellt.

Meine Herren, was über den „Kain der Industrie“ gesagt worden ist, wenn der Arbeiter sich ausgebeugt würde, das sind ja alle Stamellen. Als im Jahre 1839 hier in dieser Hinsicht nicht genug zu lobende preussische Kultusminister v. Altenstein es endlich durchsetzte, daß man in Preußen einen Anfang mit der Kindererziehung machte, da haben die Unternehmer auch Zeter und Mordio geschrien, weil sie nicht mehr Kinder unter 9 Jahren in der Fabrik ausbeuten durften. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Unternehmer haben damals auch den Untergang der Industrie prophezeit und von dem bevorstehenden Ruin der Industrie gesprochen. Und Herr v. Altenstein fand bei seiner sozialreformatorischen Tat allzuwenig und dessen Widerstand beim preussischen Handels- und Gewerbeministerium; da fanden die Unternehmer damals starken Schutz. (Zuruf vom Regierungssitz.) — Meine Herren, nur die Reformgesetzgebung hat sich geändert, aber ich empfehle jedem, der sich für diese Frage interessiert, das vorerwähnte Werk von Günther Anton nachzulesen; da werden alle die einschlägigen Kapitel wiedergegeben, da wird nachgewiesen, wie jenes Ministerium — wie es auch damals genannt sein mag — dem Kultusminister v. Altenstein bei seinen Kindererziehungsbemühungen allzuwenig und dessen Widerstand geleistet hat. Ich hoffe nicht, daß das Handelsministerium dieser Tradition treu bleibt; denn was der Herr Minister heute über die Creditbürgschaft der Gewerbeinspektoren ausgesprochen hat, das kann im großen und ganzen meine Zustimmung finden.

Meine Herren, ich möchte dieses Kapitel schließen, indem ich Ihnen den Ausdruck eines sehr konjunktiven Herrn ins Gedächtnis rufe. Als in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Kultusminister Herr v. Altenstein seine folgenreiche Unternehmung der Kindererziehung veranfaßte, und die Behörden ihren Bericht abließen, da sagte der Regierungsratpräsident von Brandenburg in seinem Bericht sein Urteil in die schonen Worte zusammen: Die Menichentum ist auf jeden Fall noch wichtiger und erproblicher als die Erhöhung der Fabrikate.

Sollen Sie sich das, bitte, auch für die Zukunft merken! Damit kommen wir weiter als mit den Aufregungen, die vorhin hier betrieben worden sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 22. März der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. März 1914 fällig ist.

Andgeschlossenen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Schmied Thomas Raneke, geb. am 10. September 1866 zu Cottbus, Buch-Nr. 1,728,423, wegen Schädigung des Verbandes und unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Krefeld:
Der Hutmacher und Stauer Lorenz Schramm, geb. am 6. Mai 1881 zu Groß-Steinheim, Buch-Nr. 205,636, wegen Schädigung des Verbandes.

Auf Antrag des Vorstandes:
Der Schlosser Otto Epling, geb. am 28. August 1880 zu Borsdorf, Buch-Nr. 1,257,279, wegen Unterföhrung von Verbandsgeldern in Schweizerischen Metallarbeiterverband.

Nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dillenburg:
Der Holzger August Graf, geb. am 8. Februar 1885 zu Bonn, Buch-Nr. 1,642,199, wegen Eperretrug.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Forchheim:
Der Gürtler Anton Stengel, geb. am 29. September 1879 zu Fürth, Buch-Nr. 1,384,062, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Beschluß des Vorstandes:
Der Former Paul Riesenacker, geb. am 31. Januar 1894 zu Mainz, Buch-Nr. 1,814,257, wegen unkollegialen Verhalten.

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 1,961,740, lautend auf den Former Wilhelm Dunfer, geb. am 22. September 1882 zu Unna, eingetr. am 21. April 1912 in Hamm. Das Buch ist eventuell anzuhalten und der Verwaltung Hamm einzusenden.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Nörfstraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Nörfstraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinigt ist.
Mit kollegialen Gruß
Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Suzug ist fernzuhalten:

- von Bronzearbeitern und Metallzainern nach Hersbruck (Firma Gustav Lepper i. Fürth, Betrieb Hersbruck) M.;
- von Druckern nach Ilmenau (Fa. Vita G. m. b. H.) M.; nach Ziel (Holland) (Firma Kurz & Co.) M.;
- von Elektromotoren nach Davos (Schweiz), (Elektrozitatzwerk); nach Krefeld, St.;
- von Emailarbeitern nach Puffowitz bei Brünn (Fa. Höchsmann & Cibulka) St.;
- von Feilenhuern u. Feilenschleifern nach Magdeburg; nach Mülheim a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.;
- von Formern, Gießereiarbeitern u. Kernmachern nach Freising in Bayern (Firma Schlüter) St.; nach Karlsruhe (Firma Junter & Ruh) D.; nach Meerane (Eisenwerkerei G. R. Neftmann) D.; nach Mettmann (Gebr. Burberg, Maschinenfab.) M.; nach Neufelwisch (Fa. Heymer & Pils) D.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wügelisenfabrik); nach Sandau bei Bismarck-Leipa, St.; nach Stavanger in Norwegen (Firma Elektrostahlwerk) M.; nach Witzkau (Zwickauer Gußwerke, Inhaber Emil Selbmann) D.;
- von Gürtlern nach Ziel (Holland) (Firma Kurz & Co.) M.;
- von Heizungsmotoren und Helfern nach Chemnitz (Firma Gebr. Weißbach) M.;
- von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Kaiserslautern, St.; nach Plauen (Fa. Schuster);
- von Kupferarbeiten nach Chemnitz (Fa. Gebr. Weißbach) M.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Ulsterdam (Hertel & Co.) St.; nach Borbeck (Borbeck Zinsh.) M.; nach Breslau (Hinkel-Hofmann-Werke) St.; nach Göppingen (Fa. Paul Baer, Motorenfabrik) D.; nach Graz in Steiermark (Fa. Buch, Fahrrad- und Automobilfab., Schreibmaschinenabteilung) D.; nach Leipzig-Gutritsch (Näger, Roth und Siemens-Werke) D.; nach Mos (Norwegen), (Karlsons Maschinen- und Fahrradfabrik) D.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wügelisenfabrik);
- von Schleifern nach Ilmenau (Fa. Vita G. m. b. H.) M.; nach Neuenbürg bei Pforzheim (Wügelisenfabrik);
- von Schlossern (Wauschloffen) nach Monheim a. Rh. (Mineralwerk Rhemania G. m. b. H.) St.

(Die mit U. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; v. Lohn- oder Tarifbewegung; v. M.: Auslieferung; v. D.: Differenzen; v. M.: Maßregelung; v. M.: Mißstände; v. L.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsanahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich selbst zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, absteuern zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsverhältnisse bestehen, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Gold- und Silberarbeiter.

Breslau. Wenn man über die Arbeitsverhältnisse im Silber- und Goldschmiedebetrieb berichten will, so muß man die Breslauer schon besonders berücksichtigen. Wohl bestehen in unserem Beruf überall Zustände, unter denen die Arbeiter, ehemals als Kunsthandwerker betrachtet, heute nur noch als willenlose Ausbeutungsbjekte behandelt werden. Aber hier in Breslau haben sich infolge der Kräftelosigkeit und des unkollegialen Handelns der Kollegen Mißstände herausgebildet, die auf die Dauer unheilbar sind. Die Unternehmer nützen das Verhalten der Kollegen natürlich weidlich aus, ist es doch zu ihrem Vorteil, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Als ungesund betrachtet muß es jedoch bezeichnet werden, wenn Unternehmer stets vor Weihnächten Leute in dauernde, lohnende Stellung suchen, um diese dann nach Neujahr, sobald die Arbeit nachläßt, wieder zu entlassen. Wird ihnen auch nicht direkt gekündigt, so wird ihnen doch durch alle möglichen Schikanen das Arbeiten erschwert. Auch dadurch werden sie schließlich zum Verlassen der Arbeit gezwungen, daß man sie täglich nur ein paar Stunden beschäftigt. Es kommt dann vor, daß Gehältern mit 15 M. und noch weniger die Woche nach Hause gehen müssen. Dieser Trid wird aber noch von vielen Unternehmern angewandt. In manchen Werkstätten werden Pausen je nach den vorhandenen Arbeitsaufträgen bestimmt, es kommt vor, daß die Mittagspause um 12 Uhr, unter Umständen aber erst um 5 Uhr eintritt. Eine Behandlung ist vielfach üblich, wie sie sich in anderen Berufen die schlechtesten Proletarier mit ihrer weltbekannten Genügsamkeit längst nicht mehr bieten lassen. Durch die schlechte Entlohnung sind viele der „Künstler“ gezwungen, irgend einen Nebenberuf zu suchen. Auch müssen die Frauen vielfach mitarbeiten, um nur den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Endlich doch Pöcher von 25 M. für erprobte ältere Arbeiter die Regel. Was das bei den teuren Lebensmitteln und Wohnungsmieten bedeutet, weiß wohl jeder. Bei Festhaltung dieser Zusammenhänge sind die Unternehmer immer schnell mit der Röhrlitze zur Hand. Freilich zeigen sie nur die Wohlwollenheit, die während der drei und vier Wochen vor Weihnächten ausbezahlt wurden. Dabei vergessen sie aber anzugeben, daß durch die vielen Umstände aus einer Woche beinahe zwei Wochen Arbeitszeit gewonnen sind und der Verdienst nur durch äußerste Ausnutzung von Arbeitskraft erzielt wurde, was für die Dauer unmöglich wäre. Ein gleich trauriges Kapitel ist die Lehrlingsausbildung, denn von einer Ausbildung kann in unserem Beruf, bei einem Gehältern vier Mark, wie es noch vorkommt, keine Rede sein. Die Eltern, die ihre Söhne in die Lehre geben, sollten doppelt vorsichtig sein, damit sie ihre Kinder nicht Leuten ausliefern, denen nur an der Ausbeutung der Arbeitskräfte gelegen ist. Unsere Hochzeiten fügen zu alledem noch den Lohn, indem sie schreiben,

daß der Goldschmied u. s. w. das materielle Interesse hinstellen müßte, er solle vor allem darauf bedacht sein, daß er Kunsthandwerker sei. Der jahrzehntelange Verkauf konnte, wie die Unternehmer reichlicher anhäufte, der muß zur Ueberzeugung kommen, daß es recht gut möglich ist, den Erzeugern dieser Schmiedearbeiten eine bessere Entlohnung zuteil werden zu lassen. Eine Besserung der Verhältnisse kann aber nur eintreten, wenn wir einig sind. Der Einzelne ist gegen solche Mißstände machtlos. Dagegen gibt es nur ein Mittel: die Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, der uns den nötigen Rückhalt bietet. Darum Kollegen, organisiert euch, damit wir Zustände beseitigen können, die für unsern Beruf keine Ehre sind.

Metallarbeiter.

Malen. Im östlichen Teile Württembergs, nahe der bayerischen Grenze, ringsum von herrlichen Wäldern und Höhen umgeben, liegt die alte Reichsstadt Malen. Die Gegend ist sehr romantisch, über zu kurze Anstehung der Fremden brauchen sich die Malener Spießbürger aber trotzdem nicht zu beklagen. Das Rätsel wird gelöst, wenn man die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrachtet. Malen hat ziemlich viel Industrie, auch die Metallindustrie ist gut vertreten. Gegenstand der heutigen Betrachtungen soll nun die Firma O f f e r t a g (Vereinigte Gelbfarbstofffabriken A.-G.) sein. Die Arbeiter dieser Firma und die Malener Metallarbeiter überhaupt wurden vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wiederholt aufgerufen, sich ihm anzuschließen. Aber diese Arbeiter zeigten eine unerschütterliche Gleichgültigkeit, allen voran die der Gelbfarbstofffabrik. Das Unternehmensrum und nicht zuletzt Herr O f f e r t a g verstanden es meisterhaft, diese Gleichgültigkeit ihrer Arbeiter auszunutzen. Abordnungen folgten auf Abordnungen, Maßregelungen auf Maßregelungen. Wir waren einmal gezwungen, die Firma zu sperren, genügt hat dies aber damals nicht viel. Unmittelbar nach der Verschmelzung der Vertikalgesellschaft Malen mit Seidenheim wurden die Verhältnisse derart schlecht, daß die Arbeiter selbst Versammlungen wollten. Es grüßte uns auch, daß sich ein Teil der Arbeiter uns anschloß, und wir konnten auch einen Tarifvertrag abschließen, der für die damaligen Verhältnisse nicht schlecht war. Aber gar bald ergriffen die Arbeiter die Organisation wieder als überflüssig, ihre Vertreter lachte man aus. Den Lohn dafür erhielten die Arbeiter von der Firma aber reichlich. Mitten im Winter, im Januar 1913, übergriffte die Wohnungslosen mit Abordnungen bis zu 40 Prozent. Da sie man wieder den Weg zur Organisation. Diese half so gut sie konnte. Es gelang uns damals, mit der Firma eine Vereinbarung zu treffen, die die Arbeiter fast vor dem Schlimmsten bewahrte. Dann war eine Zeitlang Ruhe, bis die Krise kam. Die Firma hat nun die Arbeitszeit um drei Stunden täglich verkürzt. Der Verdienst für die Arbeiter ging immer weiter zurück; die Wohltat der verkürzten Arbeitszeit wollen wir aber nicht in der Weise gesehen. Die Arbeitszeit wurde verkürzt, auswärts suchte man aber Arbeiter. In dem Tarifvertrag, den zwei Organisationen mit der Firma abgeschlossen haben, heißt es aber im § 5, daß der Stundenlohn bei Abschneiden der Arbeitszeit über den maß. Dieser Absatz ist der erste Akt im Vorn im Auge, er sollte deshalb bestritten werden. Der erste Akt dazu wurde genommen, als jüngst ein Ingenieur aus Preußen kam. Eines schönen Tages erschien am schwarzen Brett ein Anschlag des Inhalts: „Wie bereits dem Arbeiterauschuß mitgeteilt, sind wir infolge schlechten Geschäftes gezwungen, nur noch den für neue Arbeiten festgesetzten Abordnungslohn auszubehalten. Leute, welche formidabel sind mit ihrem Abordnungslohn nicht herauskommen, wird der Stundenlohn entsprechend gekürzt. Für Musterstrafe, sowie Zentralerzeugnisse, die noch nicht ausgearbeitet sind, wird der Stundenlohn garantiert.“ Damit gibt die Firma jetzt zu, daß die neuen Abordnungen zu schlecht bezahlt sind. Die Arbeiter haben schon ziemlich viel in Kauf genommen, sie sind bereit, alle Arbeiten, bei denen sie noch einigermaßen etwas verdienen können, zu befristigen. Wenn aber Schränke da sind, hauptsächlich die Schränke Nr. 4, bei denen der tüchtigste Arbeiter nicht auf seinen Lohn kommt, so müssen eben die Abordnungen erhöht werden. Die Firma hat in unbedeutender Weise an diesen Abordnungen Abzug gemacht. Die Arbeiter erblickten in dieser Maßnahme mit Recht eine Durchbrechung des Tarifes und sie nahmen deshalb neulich in einer gut besuchten Betriebsversammlung Stellung zu diesen „Neuerungen“. In mehreren Schreiben ermahnten die beteiligten Organisationsleitungen die Firma um Verhandlungen. Sie lehnte dies zunächst ab, schließlich verhandelte sie mit unserm Geschäftsführer. Herausgekommen ist dabei leider nur, daß die tüchtigsten Arbeiter von den Maßnahmen nicht betroffen werden und daß vielleicht bei den Schränken Nr. 4 etwas nachgehoben wird, jedoch soll dies noch Gegenstand der Beratung einer Arbeiterauschussung werden. Die Firma stand über schlechten Verdienst und über große Schmutzkonkurrenz. Schmutzkonkurrenz verbietet die Firma O f f e r t a g nicht, wir müssen wir zu ihrer Ehre sagen, denn sie läßt sich für ihre Ware schon bezahlen. Wenn sie aber trotz hoher Verkaufspreise und niedriger Arbeitslöhne „nichts verdient“, was ist dann daran wohl schuldig? Vielleicht wird der „Verdienst“ zu viel geschmälert durch die vielen Beamten, Ingenieure, Werkmeister und Meister! Bei den letzten Verhandlungen erwähnte die Firma auch, daß sie im Laufe der Zeit Arbeiter entlassen müsse. Hat eine Firma zu wenig Beschäftigung, so wird sich gegen Arbeiterentlassungen nicht viel einwenden lassen. Droht sie aber das ganze Himmelsgewölbe nach Arbeiter, so müssen wir gegen ein solches Verfahren den stärksten Widerstand erheben. Die hergelassenen Arbeiter erleiden die größten Enttäuschungen. Nicht nur bei der Firma O f f e r t a g in Malen, sondern in unserem ganzen Industriegebiet sind die Lohnverhältnisse so schlecht, daß Fremde bald wieder von dannen ziehen oder gegungen sind, Schulden zu machen. Wir hätten keine Veranlassung, den Zugang zu unterbinden, es wäre unter anderen Umständen nur von Vorteil, wenn Fremde nach Malen kommen würden, aber den Zweck, zu dem die Firma O f f e r t a g den Zugang herleitet, müssen wir bekämpfen. Kollegen der Firma O f f e r t a g! Euch rufen wir zu: schließt die Reihen, tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Dann werden alle Versuche, den Verdienst noch mehr zu schmälern, wirkungslos sein.

Bonn. Eigenartige Zustände herrschen bei der Firma M o n z e m ü l l e r & m. b. H. Nicht nur haben die Arbeiter sich fortgesetzt gegen die unerschütterlichen Abzüge zu wehren, sie sind auch einer Behandlung ausgelegt, die jeder Beschreibung spottet. Man muß tatsächlich die Frage aufwerfen: Sind die Herren, soweit sie bei der Firma auf die Arbeiter losgelassen werden, sich auch ihres Sündens bewußt? Die Arbeiter bezweifeln dies. Am ärgsten freibt es der Betriebsführer G ü t t l e r. Sieht er zwei Arbeiter zusammenstehen, zum Beispiel zur gegenseitigen Aufführung über eine Zeichnung, Werkzeug u. s. w. bei der Mannigfaltigkeit der Herstellung von Maschinen nicht zu vermeiden, ja unerlässlich ist, so gerät dieser Herr außer Fassung. Der Meister wird beauftragt, die Leute mit ein paar Mark zu bestrafen, und falls sie sich das nicht gefallen lassen, „die K e r l s hinauszuwerfen“. Auch macht sich Herr G ü t t l e r nichts daraus, die Leute gegeneinander auszuspielen, ja aufzufordern, daß einer den anderen einen Eiferanlauf an den Kopf schlägt. Von seinen Mitmenschen hat er keine andere Meinung, als daß sie faul, schlammig und lächerlich seien. Sogar Meister und andere Beamte werden mit diesen Schimpfwörtern bedacht. Nur er allein ist der fleißigste und wahrheitsliebendste Mensch der Welt. Dabei weiß er oder erinnert er sich oft nicht, was er fünf Minuten vorher gesagt oder abgemacht hat. Die Arbeitseinteilung läßt ebenfalls zu wünschen übrig. Wir behaupten jedenfalls nicht zu viel, wenn wir sagen: mit seinen verkehrten Anordnungen stellt Herr G ü t t l e r der Arbeit hinderlich im Wege. Es wird ein Artikel als einzig ausgespart. Warum hat die Arbeit davon begonnen, ja ergeht die Anordnung, den Gegenstand ab- und einen neuen auszuspannen. Wie in der Werkstatt, so auch auf dem technischen Bureau. Hat ein Zeichner eine Arbeit herbeigeführt, nimmt dieser Herr Handlungen vor, die sich nicht im Betrieb als Fehler herausstellen. Glaubt man sich mit diesem Herrn geht ein gewisser Herr S h l i n g, seines Zeichens „K a l l u l a t o r“. Dieser Herr kennt keinen andern Grund als die Abordnungen zu reduzieren, unbekümmert darum, ob die Arbeiter die verkürzten Preise ertragen können oder nicht. Möge der Herr mit

Herrn G ü t t l e r den Beweis erbringen, daß die Abzüge gerechtfertigt sind. Alle Beschwerden werden mit faulen Redensarten abgetan. Um den Beweis zu erbringen, daß die Leute noch auskömmlichen Verdienst erzielen, vergißt man, die Ueberstunden, die in großer Zahl gemacht werden müssen, von dem Gehaltsverdienst in Abrechnung zu bringen. Sogar bei den Lehrlingen verliert Herr G ü t t l e r sein Heil. Er bietet ihnen im ersten Jahre schon Abford. An. Dabei steht fest, daß die Lehrlinge im dritten Jahre ihrer Tätigkeit erst auf 5 bis 7 % Abfordverdienst kommen, also nicht einmal den vertraglich festgelegten Lohn erhalten. Nimmt es bei solchen Zuständen wunder, wenn die Arbeiter sobald wie möglich den Betrieb verlassen? Alles Ausschreiben nach Arbeitskräften wird der Firma nichts nützen, solange sie nicht für geordnete Verhältnisse sorgt. Tut sie dies nicht, werden die Arbeiter schon das ihrige zu gegebener Zeit tun.

Düsseldorf. Die Arbeiter der Firma Düsseldorf M ö h r e n i n d u s t r i e halten sich am 26. Februar zu einer wichtigen Betriebsversammlung zusammengefunden, um gegen die fortwährenden Abfordreduzierungen Stellung zu nehmen. In seinem Referat führte der Kollege F r o n s t a g e unter anderem folgendes aus: Die Arbeiter der Düsseldorf M ö h r e n i n d u s t r i e befinden sich seit etlichen Monaten in einer äußerst traurigen Lage. Schon seit Monaten arbeiten sie meistens nur fünf und vier Stunden die Woche. Nachdem dieser Zustand mehrere Monate gedauert hatte, ging die Firma dazu über und reduzierte abendwärts den Arbeitern die Abford. Zu diesem Zweck holte man sich einen neuen Mann namens H e r t i n g, seines Zeichens Betriebsleiter. Was sein Vorgänger nicht fertig bringen konnte, weil er noch etwas Arbeiterfreundlichkeit besaß, das will aber soll Herr Hertling fertig bringen. Er soll sich ja bei den Arbeitern damit entschuldigt haben, daß er nicht der Schuldige sei, sondern die Firma verlange von ihm, daß die Abford um 20 Prozent gekürzt werden müßten. Herr Hertling läßt sich also, obwohl er selbst im Dienste des Kapitals steht, dazu bestimmen, den Arbeitern ihren ohnehin kaum noch zum Leben hinreichenden Verdienst weiter zu schmälern. Würde sich ein organisierter Arbeiter derartiges erlauben, so würde er aus seiner Organisation ausgeschlossen werden. Lieber würde ein Arbeiter dem Betrieb den Rücken kehren, mehrere Wochen Arbeitslosigkeit und damit Not und Elend vorziehen, als sich zu einem derartigen Auftrag hergeben. Aber Herr Hertling scheint das weiter nicht zu kümmern. Hauptache scheint, daß er sich dadurch eine ziemlich sichere Stellung schafft. Wie muß es aber mit der Leitung eines Betriebes bestellt sein, wo man auf einmal wahrnimmt, daß die Arbeit bis zu 60 Prozent zu hoch kalkuliert worden sein soll? Um derartiges fertig zu bringen, braucht man ganz gewiß nicht akademisch gebildet zu sein. Was für ein Kaufmann n i c h t e r G e i s t in diesen Betrieben herrscht, das ergibt man aus folgenden Beispielen: Im Schlangenberg werden den Arbeitern zum Teil für eine Arbeit Abforduntergehabe bis zu 50 Prozent zugewandert, der eine Arbeiter bekommt 3 M für die Arbeit und der andere, der eine vielleicht 3 oder 3,5 M. Weiter wird den Arbeitern zum Teil nach Belieben des Meisters ausbezahlt, hat der Arbeiter vielleicht 5,50 oder 6 M verdient, so werden ihm nur 4,80 oder 5 M ausbezahlt. Es gibt auf dem Werk noch manche Arbeiter, die überhaupt nicht wissen, was sie für ihre Arbeit bekommen, was sie verdient haben; das wissen sie erst am Sonntag. Von einem kaufmännischen Geiste kann unter solchen Umständen keine Rede sein, denn sonst dürfte doch wohl derartiges nicht vorkommen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Firma nicht genug verdient, denn im Jahre 1912/13 hat sie noch 7 Prozent Dividende verteilen können, und den Herren Aufsichtsratsmitgliedern hat man 50 000 M. Lohntiere für ihre zumeist mühselige Tätigkeit in den Schöb geordnet. Es ist also Gelegenheit genug vorhanden, an anderen Stellen zu sparen, als an den Löhnen der Arbeiter. Wenn aber nun die Firma glaubt sagen zu können, wir haben kolossal unter der Konkurrenz zu leiden und infolgedessen müssen die Abford reduziert werden, so ist das eine nichts sagende Redensart. Sind denn die Arbeiter daran schuld, daß auf dem M ö h r e n m a r k t ein derartiger Konkurrenzkampf entbrannt ist, sind sie daran schuld, daß der Wettbewerb bei dem Herrn Hertling, der Firmen Mannesmann, Phönix, Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. z. keine Grenzen kennt? O nein! Die Arbeiter erstreben eine vernünftige Wirtschaftsordnung, sie können sich mit einer so verkehrten Wirtschaftsordnung nicht einverstanden erklären. Es hat deshalb die Arbeiterchaft von Rechts wegen auch nicht die Kosten dieser verkehrten Wirtschaftsordnung zu tragen. Die Arbeiter mögen also die Leute tragen, die einen derartigen Zustand verschuldet haben. Eine große Schuld trägt aber auch die Arbeiterchaft selbst, denn die Arbeitszeit wurde soweit wie möglich ausgedehnt. Die Arbeitszeit an den Maschinen, denen z. B. beträgt durchschnittlich elf Stunden täglich und während dieser Zeit kennt die Gafferei und Mühserei einzelner Arbeiter keine Grenzen, und die anderen Arbeiter müssen dann mitmachen, und wenn sie nicht wollen, so kommen sie an eine andere Arbeit, die dann auch gleichzeitig mit einem Verdienstausschlag verbunden ist. Auch werden dann Forderungen eingeleitet und wohl auch noch Arbeiterentlassungen vorgenommen. Es zeigt sich hier wieder so recht, wie notwendig es ist, daß die a c t i v e n d i g e A r b e i t z e i t eingespart wird. Wird die achtstündige Arbeitszeit in den Hütten- und Walzwerken eingeführt, so wird das Meer der Arbeitslosen ganz bedeutend verringert und damit wird die kolossale Konkurrenz unter der Arbeiterchaft zum großen Teil beseitigt und der Verdienst wird gesteigert werden müssen. Das aber ist es gerade, was die Herren Großindustriellen ja so wütend gegen den achtstündigen Arbeitstag machen; sie haben dann nicht mehr so viel Lohnbrüder zur Verfügung und ihre Machtgelfüste werden dann ganz bedeutend eingeengt. Wenn die Herren sagen, das geht nicht, das schmälert unsern Gewinn, so ist das nur zum Teil zutreffend, denn die Technik hat, speziell in der Großindustrie, ungeheure Fortschritte gemacht. Tausende von Arbeitern sind durch die Maschinen ersetzt, dabei hat sich die Erzeugung innerhalb der letzten Jahre ganz gewaltig gesteigert. Was früher achtlos weggeschworen wurde, wird heute zu Geld gemacht. Das zeigt uns auch weiter die gewaltige Steigerung der Unternehmensverdienste; während in den achtziger Jahren die Aktionäre sich mit 3, 4 und 5 Prozent Dividende zufriedener geben mußten, sind sie heute kaum mit 20 und 25 Prozent zufrieden, dabei werden dann noch ungeheure Abschreibungen vorgenommen. Das ein derartiger Zustand von den Arbeitern als gerecht anerkannt werden soll, kann doch wohl im Ernst niemand verlangen. Wenn aber ein für die Arbeiter günstiger Zustand geschaffen werden soll, dann ist es notwendig, daß sich die Arbeiter zusammenscharen und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Daß sie sich weiter die notwendige Bildung aneignen, um den Unternehmern als eine starke Macht gegenüberzutreten zu können. Was nun die Abzüge selbst betrifft, muß man staunen und sich fragen, ob Menschen mit fünf gesunden Sinnen so etwas gutheißen können. Zuerst wurden im Dezember den Löhnen und Vorwägern, den Leuten an der Fertigungswalze und den Leuten hinter der Walze, den Revisoren, Abfackern, Richtern und Pressern und den Leuten an den Strabanten Abzüge bis zu 20 Prozent gemacht, dann folgten im selben Monat im Schlangenberg Abzüge bis zu 10 Prozent. Im Februar erhielten dann die Arbeiter an den Pumpen und Pressen Abzüge bis zu 53 Prozent; die Arbeiter an der Keermaschine und der Wapphalterbank bekamen im selben Monat Abzüge bis zu 58 Prozent. Am Schluß dieses Monats bekamen dann noch die Arbeiter in der Höhe- und Sieberhobladung, an dem amerikanischen Ofen und die Stöcher und Schweißler vom Gasofen Abzüge bis zu 60 Prozent. Nun wird den Arbeitern gesagt: „Das sind keine Abzüge, ihr müßt nur mehr arbeiten, dann verdient ihr wieder ebenjoviel wie vorher!“ Es ist das allerdings sehr leicht gesagt, aber nicht so leicht getan; denn schließlich gelangen auch die Arbeiter an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, mit wachsenden Ausnahmen sind sie heute schon da angelangt. Nun glaubt die Firma jedenfalls, die Abzüge während des schlechtesten Geschäftsganges am besten vorzunehmen zu können. Diese Meinung mag bis zu einem gewissen Grade berechtigt sein. Man darf allerdings nicht vergessen, daß auch einzelne Herrn nicht lange regieren und daß die Arbeiterchaft auch einmal ein sehr ernstes Wortchen mittedet; die Firma muß sich das gesagt sein lassen. Bezüglich der Abfordreduzierungen hat, wie

wir sehen, die Firma eine sehr große Strigkeit an den Tag gelegt, gut wäre es, wenn das auch auf anderen Gebieten geschehen würde. Schon öfter mußte die schlechte Benützung bemängelt werden, aber gebessert wird, wie es scheint, nichts; schafft sich dann die Arbeiterchaft selbst Luft und nimmt etliche Prophen aus dem Dachfenster, dann wird den Uebeltätern gekündigt, wie es erst vor kurzem mehreren Stoppfenstern geschah. Auf den Einspruch mehrerer Kollegen wurde dann die Kündigung wieder zurückgenommen. Die Wäsche- und Wadeneinrichtung fehlt zum großen Teil, außerdem ist das Wasser zum Teil schmutzig, auch das Trinkwasser soll nicht besonders rein sein, ebenfalls soll die Reinlichkeit der Aborte noch viel zu wünschen übrig lassen. Dann ist den Arbeitern noch folgende Verschlechterung aufgebahrt: Sie sollen sich nicht mehr vor 12 Uhr mittags und 6 Uhr abends waschen, auch sollen sie punkt 6 Uhr im Betrieb sein. Vor etlichen Tagen geschah es nun, daß zwei Arbeiter zu spät kamen, der eine Arbeiter wurde wieder nach Hause geschickt und ihm obendrein gekündigt, und der andere Arbeiter kam sofort an andere Arbeit und es wurde ihm auch gekündigt. Der Meister, der hier in Frage kommt, heißt Schläpfer. Die Arbeiter fragen, daß dessen Landleute ruhig später kommen können, ohne bestraft zu werden. Wie wir sehen, befindet sich die Arbeiterchaft der Düsseldorf M ö h r e n i n d u s t r i e in einer äußerst traurigen Lage. Wie lange dieser Zustand noch dauern wird, kann nicht gesagt werden. Die Arbeiter der übrigen M ö h r e n w e r k e mögen sich aber rüsten, bevor es zu spät ist.

Limmen. Bei der Helios-Flachengesehellschaft und Metallwarenindustrie „Bita“, früher Erfurt, haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugug ist streng fernzuhalten.

Meß. Christliche Neutralität. In Nr. 5 der sozialpolitischen Zeilage der Lothringer Volksstimme lautete der Schlußsatz eines Artikels „Aus der Gewerkschaftsbewegung“: „Da die christliche Gewerkschaftsbewegung parteipolitisch streng neutral ist, darf wohl erwartet werden, daß alle ihre Freunde werden, ob christliche oder jugendmännliche.“ Ein günstiger Wind wehte uns nun folgendes Schriftstück zu: „Kombach, den 4. März 1914. Sehr geehrter Herr Bäder! Nächsten Sonntag, den 8. März 1914 nachmittags 4 1/2 Uhr beginnt eine öffentliche Versammlung des Z e n t r u m s b e r e i n s in Kombach im lokale des Hotel Union (Zuhaber Jaegi früher Wangent). Herr Professor Künzinger aus Meß wird über die Aufgaben der Gemeindepolitik reden. Wir rechnen es uns zur Ehre, wenn Sie der Versammlung beizuwohnen wollten, zumal Sie sich bei der zu erwartenden Diskussion betätigen, wohl auch für die G e w e r k s c h a f t e n eine lange Rede halten könnten. Hochachtungsvoll Der Vorsitzende der Ortsgruppe: Hausmann.“ Fortgesetzt schreiben sich die Gewerkschafts-„Christen“ die Finger erbraut, um ihre „Neutralität“ zu beweisen. Zu den vielen schon erbrachten Weisen ist das Schriftstück ein neuer, das die „christlichen“ Gewerkschaften-Gand in Hand mit dem Zentrum arbeiten. Soll doch der „christliche“ Gewerkschaftsführer B ä d e r in einer öffentlichen Zentrumsversammlung, die sich mit der Gemeindepolitik befaßt, eine lange Rede für die „christlichen“ Gewerkschaften halten. Die Herren scheinen einen eigentümlichen Begriff von ihrer „Neutralität“ zu haben. Nun, ihr Herren haben glaubt ihnen schon längst kein Mensch mehr, wenn es je einen solchen Gläubigen überhaupt gegeben hat. Ob Herr Bäder sich nun wieder darüber aufregt, wenn ihm gesagt wird, daß die „christlichen“ Gewerkschaften „Zentrumsgewerkschaften“ sind? Bemerkenswert ist noch, daß der Vorsitzende Hausmann der Zentrums-Ortsgruppe Amtsamt in Kombach ist, unsere Freunde in Christo stehen also direkt unter amtsamtlichem Schutz. — In Nr. 43 der Lothringer Volksstimme stand am Anfang eines Artikels „Aus der Gewerkschaftsbewegung“: „Das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Meß hatte auf Samstag den 14. Februar seine Mitglieder zur Generalversammlung eingeladen. Zahlreich waren die Mitglieder trotz der vielen Festlichkeiten erschienen.“ Die Einladung, die zu dieser „Kartell-“Generalversammlung geschickt worden war, lautete: „Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Meß hält am Samstag den 14. Februar abends 8 1/2 Uhr im Saale des Trierschen Hofes in Meß, Poststraße 8, eine G e n e r a l v e r s a m m l u n g ab, zu der auch Nichtmitglieder als Gäste Zutritt haben.“ Fortgesetzt heißt der „Christenführer“ B ä d e r mit seinen „großen Erfolgen“ in Meß. Diese scheinen aber nicht sehr bedeutend zu sein, wenn man zu einer P a r t e i - G e n e r a l v e r s a m m l u n g Nichtmitglieder einladen muß. Bäder schreibt auch immer, die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung habe große Schwierigkeiten zu erdulden gehabt, ferner, daß sie erst in einem „halben“ Jahr in Lothringen festen Fuß gefaßt habe. Bäder scheint ein „schwaches Gedächtnis“ zu haben. Wir können uns noch erinnern, daß schon vor Jahren in Diedenhofen der „christliche“ Metallarbeiterverband eine Geschäftsstelle hatte, bei der der berühmte „Rebaber“ und „Gartenbau“-Engel Sekretär war. Auch die Bergarbeiter hatten zu der Zeit vier bis fünf Beamte dort. Die Geschäftsstelle des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes in Diedenhofen wurde aufgehoben trotz der „großen Erfolge“, und auch der Gewerbeverein „christlicher“ Bergarbeiter zeugt von den großen „Erfolgen“, indem er dort keine Beamten bis auf zwei berrington hat, von denen der eine heute nur noch Rechtshilfsrat erteilt. Ja, damals glaubten die „Christlichen“, schon ganz Lothringen in der Tasche zu haben. In keinem Bericht, den Bäder in der „Kartellgeneralversammlung“ gegeben hat, zeigte er sich besonders darüber wütend, daß die „Christlichen“ trotz ihrer großen Erfolge nicht gestraft wurden. Mit einem halben Dutzend Mitglieder, die von „christlicher“ Seite bei einer Bewegung in Frage kamen, läßt sich eben kein Tarifvertrag abschließen. Wie die „Christlichen“ Mitglieder zu gewinnen suchen, wollen wir noch kurz erwähnen. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband waren einige junge Kollegen beigetreten. Sofort besuchten die Herren Christlichen bei den Eltern, den Vätern zu veranlassen, indem sie vor dem „sozialdemokratischen“ Verband grüßlich machten. In einem Falle gingen sie sogar so weit, den Vater mit den Folgen zu schrecken, die es für ihn haben könnte, wenn es herauskäme, daß sein Sohn im Deutschen Metallarbeiter-Verband ist. In einem andern Falle wollte Bäder bei einem Kollegen sogar die Zeit anrechnen, die dieser früher Mitglied bei uns war, obwohl dieser Kollege noch den statutarischen Bestimmungen des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes gar nicht übertraten konnte. Bei einem andern Mitglied befragt der Vater die Beiträge für den „christlichen“ Verband, das Mitglied will aber von dieser Organisation gar nichts wissen. Ist das nicht auch Terror, wenn man auf Grund der bürgerlichen Gewalt einen jungen Kollegen zwingt, Mitglied des „christlichen“ Verbandes zu sein? Wir raten dem Herrn Bäder, die Kollegen, die wir aufnehmen, in Ruhe zu lassen, sonst müßten wir ihm ganz gehörig auf die Finger klopfen.

Oberhausen (Nhb.). Die Gutehoffnungshütte mit deutschen Kontoren in England. Die Gutehoffnungshütte hat in London den Bau von Schleusen und einer Drehbrücke übernommen. Bei dem Wettbewerb um die Erteilung des Auftrags war die Gutehoffnungshütte die Mindestfordernde, sie verlangte 700 000 M., während die billigste englische Firma über 1 Million Mark verlangte. Auf diese Tatsache hat auch die Metallarbeiter-Vereinigung wiederholt hingewiesen unter der Rubrik: Wirtschaftliche Rundschau. Nur soll in folgendem geehrt werden, auf welche Art und Weise die Gutehoffnungshütte die Unterbietung der Firma, die sich niedergelegt hatte, auszuweichen versucht. Am 10. Februar dieses Jahres erhielten ein Anrufer und sechs Mann (das heißt Vorarbeiter und Meister), die für die Gutehoffnungshütte eine Montage in Düsseldorf ausführten, die telegraphische Aufforderung, sofort nach London abzureisen. Die Leute melbten sich am Nachmittag desselben Tages auf dem Montagebureau der Gutehoffnungshütte in Esterbach, um Zeichnungen, Löhne u. s. w. zu empfangen, vor allen Dingen aber, um für die Montagen in England einen bestimmten Lohn auszumachen. Nun wurde ihnen erklart, den Lohn sollten sie in London mit dem Montageingenieur der Gutehoffnungshütte ausmachen; der Ingenieur war bereits abgereist. Die Kollegen machten sich also auf die Fahrt; denn sie hatten das Vertrauen zu ihrer Firma, daß diese einen anständigen Lohn zahlen würde. In London angekommen, begannen nun sofort die Verhandlungen mit dem Montageingenieur S a g e m a n n. Dieser wollte zuerst den Kollegen einen Lohnaufschlag von sage und schreie 10 Prozent zu ihrem bisherigen Lohn gewähren. Der Lohn für

Deutschland betrug zwischen 60 und 65 %.

Die Sozialdemokratie kann diese gewaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung in den tropischen Ländern nicht hindern, hätte dazu auch keinen grundsätzlichen Anstoß, da die Wässer der gemäßigten Zone bei wachsender Dichtigkeit der Bevölkerung und steigender Natur natürlich immer mehr auf Zufuhr gewisser Rohstoffe aus den tropischen Ländern angewiesen sind; der Anteil der Tropen an der Weltversorgung wird sich vermutlich noch sehr vergrößern, wenn wenigstens die wichtigsten der unmittelbaren Forderungen der sozialdemokratischen Parteien durchgesetzt sind. Was aber die Sozialdemokratie tun kann und zu tun nicht möchte wird, ist, diese Umsetzung in den bisher vom Kapitalismus unberührt gebliebenen Länderkreisen für die dort eingeborene Bevölkerung so schmerzlos wie möglich zu machen. Für mehr als ein Naturvolk hat die Verührung mit dem, was man die Zivilisation nennt, was ihnen aber nur in der Form grausamer Ausbeutung und Unterdrückung entgegentrat, zum raschen Untergang geführt, viele sehr eigenartige und vielleicht auch kulturfähige Stämme sind heute schwer bedroht. Auch die deutsche Kolonialgeschichte ist mit Blut geschrieben und würde sich vermutlich, wogte sie auf dem besten Wege war, den schrecklichsten Kapiteln menschlicher Untaten für immer angereicht haben, wenn nicht von Anfang an, und, was besonders erfreulich ist, mit stets wachsendem Erfolge die sozialistische Kritik ihr auf die Finger geschrien hätte. In den ersten Jahren dieser letzten Tätigkeit, als S e h e l mit seiner unerschrockenen Eindringlichkeit und mit dem ganzen großartigen stiftlichen Pathos, das ihm in seinen besten Stunden zur Verfügung stand, die Schandtaten der Kräfte, Westan, Arenberg und Konsorten anpackte, mußten sich die sozialdemokratischen Vertreter wohl oder übel darauf beschränken, zu sagen, wie es nicht gemacht werden dürfe. Allmählich hat sich das aber geändert, und aus der bloßen richtenden und rühmenden Kritik ist immer deutlicher die programmatische Anweisung herausgewachsen, wie es gemacht werden müsse. Wenn unter den heutigen Verhältnissen die sozialdemokratische Partei die Verantwortung für die Kolonialpolitik ablehnen muß, so kann sie doch mit gutem Gewissen gerade die wichtigsten Fortschritte des letzten Jahrzehnts auf diesem Gebiete auf der Gewinnseite ihres Kontos buchen. Der Gedanke, daß der eingeborene Mensch nicht etwa bloß als Arbeitskraft oder als Verbraucher, sondern eben als Mensch zu schauen, zu schützen und zu heben sei, wurde zuerst verteidigt, dann bekämpft, um endlich als die allein richtige Politik von Regierung und Parlamentsmehrheit anerkannt zu werden. Hier zeigte sich wieder einmal, daß die „Erdrümer“, die „Phantasten“ die eigentlichen echten Realpolitiker gewesen sind. Nun ist freilich von der Anerkennung der Menschenwürde und des Menschenwerts auch der eingeborenen Bevölkerung etwa in den Zentralbüros der Kolonialverwaltung zu Berlin und zu der Belästigung solcher Gefinnung im Innern Africas ein sehr weiter Weg. Das beweisen uns die Nachrichten über die immer noch vorkommenden ökonomischen Mißhandlungen und über die an vielen Stellen zu beobachtende wirtschaftliche Ausbeutung der Regier. Aber es ist doch besser geworden. Und mit dem Wandel in der Kolonialpolitik vollzog sich naturgemäß auch ein Wandel in ihrer Beurteilung.

Es ist lehrreich, einen Vergleich zwischen der Geistesrichtung der Kolonialverwaltung und der der Militärverwaltung anzustellen, zu dem die Reichstagsverhandlungen der letzten Woche Gelegenheit gaben. Bei der Kolonialverwaltung geht es noch viel zu viel bürokratische Verstocktheit, Ueberlegenheitsdünkel, der sich gelegentlich sogar bis zu Anfällen von Tropenkoller und Ausdrücken brutalen Herrenmenschenwuns flüchtet; aber doch unverkennbar ein gewisses Mitgehen mit den Forderungen der Zeit, eine Anpassung an neue Anschauungen und Verfahren. Aber bei der Militärverwaltung das dunkelste Festhalten an der „Tradition“, eine unerschütterlich gewordene Ueberhebung über den bürgerlichen Menschen, seine Sitten und Gebräuche. Das soziologisch tiefstehende Gewerbe des Kriegers wird als das höchste und edelste gepriesen, nimmt in jeder Beziehung eine Ausnahmestellung für sich in Anspruch. Und kein Nachgeben, auch da nicht, wo die Stellung längst unhaltbar geworden ist. Bei der Verantwortung einer Heutatsanfrage über den neuesten Duellmord in Mex zeigte sich das wieder einmal, als der Kriegswissenschaftler zugab, das Duell verstoße gegen göttliches und menschliches Recht, sei den Staatsgesetzen zuwider und fränke an innerer Verlogenheit, während er aber dann doch betonte, es sei trotzdem von zwei Neben immer noch das kleinere. Weil es wenigstens den Beweis des Manneswerts erbringt? Ach nein! Weil ein Stück Vorrecht einer Klasse in ihm enthalten ist, die dem dieses Vorrechts auf Kosten der Allgemeinheit einen sehr guten Tag leiht. Das Duell ist und bleibt letzten Endes für die im Offizierskorps den Ton bestimmenden Junker doch noch das festerste Mittel, unbedingte Reibverweigerung von der Futur-trippe wegzubehalten oder wegzuschleppen.

Die einzige Spezialfrage, die bei einer befriedigenden Lösung gesundend auf das Submissionswesen einwirken kann, ist die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber gerade dieser Frage gehen die Mittelstandspolitiker am liebsten in weitem Bogen aus dem Wege. Als im württembergischen Landtag von unserm Kollegen R e i c h e l beantragt wurde, bei der Bestimmung des angemessenen Preises die mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge oder, im Falle solche nicht bestehen, die gewerkschaftlichen Löhne zugrunde zu legen, lehnten das die bürgerlichen Parteien ab mit der Begründung, man könne nicht diesen einen Faktor der Preisbildung willkürlich herausgreifen. Die Arbeitgebervertreter saßen dann bei der Sache von einer anderen Seite an. Sie beantragten, daß bei der Aufschlagserteilung die Bewerber mit den günstigsten Arbeitsbedingungen bevorzugt werden sollten. Mit diesem Antrag hatten sie Erfolg. Gegen die Stimmen der Konservativen wurde er angenommen. Dazu sei bemerkt, daß schon in den bisherigen Bestimmungen der württembergischen Regierung über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen vorgeschrieben war, daß die Bewerber über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu befragen und, im Falle sie den Zuschlag bekommen, an die Einhaltung der mitgeteilten Bedingungen, vor allem an die Bestehen der Tarifverträge gebunden sind. Auch sollen Bewerber mit besonders ungünstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen von der Vergütung ausgeschlossen werden. Zu dieser Bestimmung soll nun die Besorgung der Betriebe mit den günstigsten Arbeitsbedingungen hinzutreten. Unseres Wissens ist das der erste Parlamentsbeschluß dieser Art.

Von größerer Wichtigkeit noch ist ein weiterer auf Antrag der Sozialdemokraten gefaßter Beschluß, der bestimmt, daß von der Berücksichtigung ausgeschlossen sind die Angebote von Unternehmern, die nicht ihren Arbeitern und Angehörigen volle Koalitionsfreiheit gewähren. Obgleich von der Regierung Einwände gegen die praktische Durchführbarkeit erhoben wurden, erfolgte die Annahme dieses Antrags einstimmig. Die Durchführung wird auch gar keine großen Schwierigkeiten bereiten. Bei den Betrieben, die sich um staatliche Aufträge bewerben, wird nach ihrer Stellung zum Koalitionsrecht anzufragen sein. Ergeben sich Zweifel, so wird unter Befragung der Gewerkschaften die Wahrheit festzustellen sein. Größer fast, als die praktische Wirkung dieses Beschlusses schätzen wir die moralische, die erzieherische ein. In den Kommunalverwaltungen sind derartige Bestimmungen zum Schutze des Koalitionsrechts schon verschiedentlich in die Submissionsordnungen aufgenommen worden. Nun hat sich auch eine gesetzgebende Körperschaft dahin entschieden, daß der Staat das Koalitionsrecht gegen brutale Unternehmer zu schützen hat. Folgend diesem Beispiel, wie wir wünschen, die anderen Staaten, so gewinnen die Gewerkschaften einen kräftigen Stützpunkt im Kampfe gegen die Verächter des Grundrechts der deutschen Arbeiter.

Gewerkschaftliches.

Kupfergewerkschaften. Trotz größerer Arbeitslosigkeit, unter der auch der Verband der Kupfergewerkschaften im Jahre 1913 zu leiden hatte, konnte die Organisation eine größere Anzahl Lohnbewegungen erfolgreich durchführen. Es wurden 45 Lohnbewegungen in 33 Orten mit 194 Betrieben und 3345 Beschäftigten geführt, an denen 975 Mitglieder des Verbandes beteiligt waren. Hierbei ist die Bewegung in den Westorten, an der der Verband in sieben Städten mit 448 Mitgliedern beteiligt war, nicht berücksichtigt, da, wie bekannt, die Verbandsvorstände die Arbeitsüberlegung als gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge verstoßend nicht billigten. Diese Bewegung hat dem Verbande an Unterstützungen aus der Haupt- und den Lokalstellen in runder Summe eine Ausgabe von 46 300 M. gebracht. Von den übrigen 45 Lohnbewegungen sind 36 in 26 Orten in 158 Betrieben mit 2594 Beschäftigten ohne Arbeitseinstellung ganz oder doch teilweise erfolgreich gewesen; nur in 9 Fällen ist in 8 Orten und 36 Betrieben mit 751 Beschäftigten die Bewegung erst durch Arbeitseinstellung entschieden worden. Die Bewegungen endeten in 32 Fällen mit 782 Beteiligten erfolgreich, in 8 Fällen mit 124 Beteiligten teilweise erfolgreich; nur 5 Bewegungen mit 69 Beteiligten endeten ohne Erfolg. Es wurde erreicht für 476 Personen eine Arbeitseinstellung von 755 Stunden die Woche. Die Lohn-erhöhung betrug für 356 Personen wöchentlich 2414 M. Außerdem wurden in 23 Fällen für 446 Personen sonstige Arbeitsverbesserungen, die höhere Entschädigung für Ueberzeitarbeiten und Montagezuschläge, die in diesem Berufe eine große Rolle spielen, erzielt. In 22 Fällen wurde die Bewegung durch den Abschluß von Tarifverträgen beendet. Im ganzen bestanden am Schluß des Jahres 1913 52 Tarifverträge für 299 Betriebe mit 2024 Beschäftigten, von denen 1224 Mitglieder des Verbandes sind. Der Verband hatte am Ende des Jahres 5315 Mitglieder. Der Organisation gehören nach der letzten am Anfang des Jahres 1913 erschienenen Statistik 77,7 Prozent der Berufsangehörigen an; mit Einschluß der in anderen Verbänden organisierten sind 83,8 Prozent der Berufsangehörigen organisiert.

Rundschau.

Reichstag.

Der einigen Tagen machte die Nachricht die Kunde durch die europäische Presse, daß englische Polarforscher weite Strecken des Grönlands am Südpol fortgerückt unter die Herrschaft des Königs von England gestellt hätten, eine sehr einfache Handlung, die nur darin besteht, ein Stückchen gelbes Papier in den Landesfarben an einem Stab in den Boden oder das Eis zu stecken. Zu gleicher Zeit hätte man davon, daß eine internationale Konferenz schon seit geraumer Zeit zusammensteht, um die Verhältnisse antarctischer Jagdgebiete der gewaltigen nordischen Insel Spitzbergen zu klären. Alles dieses hätte keinen Zweck, wenn jene Länderkreise tatsächlich nicht hoffnungslos unter einer gewaltigen Eismasse begraben lägen. Aber so besteht es sich nicht; abgesehen davon, daß in den angrenzenden Meeren, die durch eine formale Besitzergreifung des Landes zum Teil ebenfalls einer bestimmten rechtlichen Oberhoheit unterstellt werden, große wirtschaftliche Werte in Gestalt von Fischerei und Wälen vorhanden sind, bergen die Länder selbst Kohlen und Erz, deren Menge und Beschaffenheit man bisher nur schätzungsweise zu erahnen vermochte. So Werte zu heben sind, bedarf dringender Bedacht, wobei man sich die Unternehmungskosten der notwendigen Menschen. Das erklärt die Eile der Eil des Königs von England, ihren Anteil an die erste Hand zu fassen.

Solche Vorzüge lehnen demnach, daß Süd um Süd auch der bisher noch nicht eroberten und erschlossenen Erde — viel ist es ja nicht mehr — in den nächsten Jahren hingerufen wird. Die Vorzüge, als ob irgendwo, etwa in Jantar Africas, noch ein Paradies erhalten bliebe, was die „Wälder“ als bester Menschen von der Welt vertrieben leben könnten, ist als unheiliges Traumbild abzulehnen. Der Norden Africas, Mexiko, das alte Ägypten, und zuletzt Tarsis sind in den Händen des Weltwunders vor unserer Augen eingegeben worden, nachdem man mehr als ein Jahrzehnt lang die Hoffnungen der Menschheit auf die fiktionalen Reichtümer unter England's herrschendem Griff versetzt worden waren. Und gleichzeitig legen sich von allen Seiten die entworfenen Wälder, um die gewaltigen schon längst vollzogene Ausbeutung auch des fiktionalen Africas, der großen Nimmensabgraben, um ein natürliches Gegenmittel. Mit einem gewaltigen Aufwand von Kapital und Menschkraft sind in den letzten Jahren Kolonien im Afrika des Nordens, Ostens, Ostens und Ostens begründet worden. Nicht mehr lange wird es dauern, dann kann man sich schon sagen, daß die Hoffnungen der Menschheit auf die fiktionalen Reichtümer unter England's herrschendem Griff versetzt worden waren. Und gleichzeitig legen sich von allen Seiten die entworfenen Wälder, um die gewaltigen schon längst vollzogene Ausbeutung auch des fiktionalen Africas, der großen Nimmensabgraben, um ein natürliches Gegenmittel. Mit einem gewaltigen Aufwand von Kapital und Menschkraft sind in den letzten Jahren Kolonien im Afrika des Nordens, Ostens, Ostens und Ostens begründet worden. Nicht mehr lange wird es dauern, dann kann man sich schon sagen, daß die Hoffnungen der Menschheit auf die fiktionalen Reichtümer unter England's herrschendem Griff versetzt worden waren.

Zur Frage des Submissionswesens

Im württembergischen Landtag einige Beschlüsse gefaßt worden, die die besondere Aufmerksamkeit der Gewerkschaften verdienen. Seit Jahrzehnten müht man sich in den Gemeindevorständen und gesetzgebenden Körperschaften ab, eine Regelung des Submissionswesens zu finden, die alle auf diesem Gebiete zulage getretenen Mißstände beseitigt. Die Submissionsfrage ist zu einem Schwerpunkt der ganzen Handwerkerpolitik geworden. Die bürgerlichen Parteien machen sich durch warme Empfehlung aller aus Handwerkerkreisen laut werdenden Wünsche gegenwärtig Konkurrenz und reden dem leidenschaftlichen Meinungsstärker ein, es bedürfe nur einer zweckmäßigen Regelung der Vergütung von Arbeiten und Lieferungen, um ihm auf die Reihe zu helfen. Bis jetzt haben aber die Handwerker mit der Regelung des Submissionswesens eine Enttäuschung zu erdulden erlebt. Bei dem Mindestpreis, der ursprünglich den Vorkurs bekam, traten kolossale Unterdrückungen, verbunden mit Schandverleumdungen ein, und nicht zuletzt waren es die Arbeiter, die mit schmerzlichen Löhnen die Preise bezahlten mußten. Das Mittelpreissystem hat diese Mißstände nicht beseitigt und noch das schlimmste Übel der Korruption hinzugefügt. Mit Schandverleumdungen wurde der Mittelpreis schließlich hinstattgegeben und der erfolgreiche Bewerber zahlte schließlich seinen Anspruch, die ihm zu einem guten Profit verfallen hatten, ein Abnahmegericht. Jetzt ist man bei dem System des sogenannten „angemessenen Preises“ angelangt, der unter Zustimmung von Sonderständen aus dem Handwerkerstand festgesetzt werden soll. Bewerber, die diesem angemessenen Preis mit ihren Forderungen aus weichen können, sollen den Zuschlag erhalten. Trotzdem auch dieses Verfahren schon bisher zu schweren Mißständen geführt hat — die „Sonderstände“ sind natürlich geneigt, den angemessenen Preis auf eine Höhe zu setzen, die mit dem Vorteil der Allgemeinheit nicht zu vereinbaren ist —, sind die Mittelpreisspolitiker so sehr damit besesselt, daß sie sogar eine gesetzliche Regelung des Submissionswesens auf dieser Grundlage fordern. Der württembergische Landtag hat sich mit Rechtheit dahin entschieden, einen Gesetzesentwurf in diesem Sinne von der Regierung zu verlangen. Auch im Reichstag, in dem seit Monaten eine Kommission sich den Kopf zerbricht über das Submissionswesen, wird mit wachsendem Interesse die Submissionsfrage verhandelt, das den Handwerker als unbedingtes Sprichwort wird. Schon die Möglichkeit aller hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse würde gegen eine gesetzliche Regelung. In keiner Richtung lassen sich hindern die Submissionsordnungen aufstellen; immer noch die unvermeidliche Form „in der Regel“ oder „in bestimmten Fällen“ ist eine unheilvolle Begleiterscheinung geblieben.

Die Straßberger des Berliner Gewerkschaftshauses

Ist durch Zuwendung von privater Seite in die Lage versetzt worden, bis zum 1. Mai dieses Jahres die für Gewerkschaftsmitglieder reservierten billigen Betten zu 45 und 55 % mit einer Ermäßigung von 15 %, also für 30 und 40 % abzugeben.

Unschuldig vernichtet.

Am 23. November 1913 wurde der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierte Arbeiter P o r w e l l in Gesehensmünde zu 2 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er ein Mitglied des gelben Arbeitervereins, den Walter U p p e n d a l, geschlagen haben sollte. Die Verurteilung erfolgte, trotzdem der Angeklagte behauptete, daß er den Uppendal nicht angerührt habe. Das Gericht stellte die Sache als einen Terrorismusfall eines Mitgliedes der freien Gewerkschaften gegen einen Andersorganisierten hin, lehnte die vom Angeklagten vorgeschlagenen Zeugen als mitverdächtig ab und kam auf den Eid des Klägers zur Verurteilung des Angeklagten. In der bürgerlichen Presse gab es dann den üblichen Entrüstungssturm. Kollege Porwell legte Berufung ein und nunmehr wird er als ein Arbeiter P o r w e l l als der wirkliche Täter. Punkt sagte aus, daß er sich damals in der Nachbarschaft eines Kaufmanns befunden habe, den er sich in der vorausgegangenen Nacht angetrunken hatte, und als ihm Uppendal in die Quere kam, habe er ihn heruntergehauen. Auf diese zweifelhafte Aussage mußte das Gericht Porwell natürlich freisprechen, trotzdem der Walter Uppendal noch immer behauptete, daß Porwell seiner Meinung nach der Täter gewesen sei. Auch wurden Porwell sämtliche Aussagen erspart. Die Kosten trägt die Staatskasse. So kommen Terrorismusklagen auf.

Streikpostenverbot in Aussicht?

Ein Berliner Arbeiter hat der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Mittagsausgabe vom 10. März) folgendes mitgeteilt:

In Preußen wird verhandelt werden, binnen kurzer Zeit das Streikpostenverbot ohne gesetzliche Maßnahmen durch Polizeiverordnung zu regeln. Nachdem bereits vor einiger Zeit in Westfalen und Westfalen durch Polizeiverordnungen entsprechende Anordnungen wegen der polizeilichen Befugnisse im Falle der Besorgnis vor Ausschreitungen und Gefährdung der Sicherheit erlassen worden sind, hat der Minister des Innern die Oberpräsidenten der übrigen Provinzen auf den Erlaß ähnlicher Verordnungen

hingewiesen. Demgemäß erfolgt jetzt der Erlaß entsprechender Vorschriften, durch die folgendes bestimmt wird:

Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Personen und des Eigentums, b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, ist Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht die im § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs angedrohte Strafe (Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen) eintritt, mit einer Geldstrafe bis zu 60 M. und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.

Verordnungen dieses Inhalts sind bereits in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts als rechtmäßig anerkannt worden; sie stützen sich unter anderem auf § 10 Teil II Tit. 17 des Allgemeinen Landrechts, der wie folgt lautet: Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit, Ordnung und zur Anwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bedrohenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.

Uch in anderen Bundesstaaten sind Erordnungen im Gange, im Wege der Polizeiverordnung polizeiliche Vorkehrungen gegen das Streikpostenfessen zu treffen.

Die Schärfermacher bilden sich ein, die Arbeiterbewegung lahmlegen zu können, wenn die Polizei die Streikposten verbietet. Wenn die Herren sich nur nicht schneiden!

Kursus für Bilanzleiterprüfer.

Am Poltechnischen Institut zu Arnstadt beginnt am 14. April der 21. Spezialkursus für Bilanzleiterprüfer und -Seher, der fünf Tage dauert. An dem Kursus können alle Handwerker und Beamte teilnehmen, die mit dem Bau oder der Prüfung von Bilanzleitern zu tun haben. Die Teilnehmer legen am Ende des Kurses vor einem staatlichen Kommissar eine Prüfung ab und erhalten ein von diesem mitunterzeichnetes Zeugnis über ihre Fähigkeit. Bisher beteiligten sich über 400 Herren aus den verschiedensten Berufen. Prospekte versendet die Direktion kostenfrei. Auskünfte erteilt auch die Handwerkskammer zu Arnstadt.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1913.

Die Zahlen der Verbandsstatistik liegen, soweit die Konsumvereine in Frage kommen, heute bereits vor. Sie berechtigen zu der Erklärung, daß die Konsumentenorganisationen den Unbilden der wirtschaftlichen Krise weit erfolgreicher Trost geboten haben, als vorherige Berechnung aller in Betracht kommenden Einflüsse im voraus zu gestatten schienen. Es betrug: die Zahl der angeschlossenen Vereine 1165 1157 die Zahl der berichtenden Vereine 1128 1129 die Mitgliederzahl 1483811 1620894 der Umsatz im eigenen Geschäft 423145111 M 472008215 M der Umsatz im Fremtengeschäft 1821421 = 92856191 = der Wert der Eigenproduktion 88871268 = 99377629 =

Es wurde also ein Mitgliederzuwachs von fast 137 000, eine Steigerung des Umsatzes im eigenen Geschäft von fast 49 Millionen Mark und eine Erhöhung des Wertes der Eigenproduktion um 16 Millionen Mark erzielt. So steht der „Mißgang“ aus, den die Händlerblätter dem Zentralverbande bereits anzudichten sich berechnigt fühlten! Vielleicht tröstet sie sich mit der geringen Zunahme der Zahl der Verbandsvereine, die bekanntlich auf die Verschmelzungsbekrebuena zurückzuführen ist, und mit der Tatsache, daß im Jahre 1912 das Wachstum allgemein ein etwas größeres war. Wir hoffen aber nicht recht, ob dieser Trost nicht allzu mager ist, angesichts der imposanten Erhöhung aller Zahlen und des Umstandes, daß der Umsatz durch den Rückgang der Preise in wachen Massenartikeln nicht unerheblich beeinträchtigt wurde.

Bemerkenswert ist, daß das Wachstum in allen Unterabteilungen, wenn auch nicht überall in gleichem Maße, festzustellen ist, sowohl einzelne Gebiete außerordentlich schwer von der Krise betroffen wurden. Wir geben nachstehend die entsprechenden Zahlen:

Table with 6 columns: Region, 1912, 1913, 1912, 1913, 1912, 1913. Rows include Bayern, Württemberg, Mitteldeutschland, Nordwestdeutschland, Rheinland-Westfalen, Sachsen, Südwestdeutschland, Thüringen, and Württemberg.

Sobald das Ergebnis für die gesamten dem Zentralverbande angeschlossenen Organisationen vorliegt, werden wir es mitteilen. Schon heute kann gesagt werden, daß es so wenig wie das für die Konsumvereine Veröffentlichliche deren Feinden als Unterlage zu einer Beleidigung am die Konsumentenorganisationen dienen kann.

Die Volksfürsorge hat recht — aber sie wird abgewiesen.

Der Vorstand der Deutschen Volksversicherung A.-G. hat mehrere Zirkulare und Flugblätter verbreitet, in welchen behauptet war: „Lezten Endes werden die Gelder der Versicherung bei der Volksfürsorge dazu dienen, der Umsturzpartei einen starken Kriegsschlag zu versetzen gegen den Gegenwartsstaat anzukämpfen.“ Der Zweck dieses Sages war zweifelslos, dem Leser zu sagen, daß er sich bei der Volksfürsorge nicht beschützen oder wenigstens die Volksfürsorge beschützen soll, weil diese die Gelder der Versicherung lezten Endes nicht für die Versicherung, sondern für politische Zwecke verwenden. Damit wird den Vorstandspolitikern der Volksfürsorge der schwere Vorwurf gemacht, daß sie ihre Pflicht verletzen, denn es ist ihre Pflicht, die Gelder der Versicherungen unter allen Umständen sicherzustellen. Darauf beruht das Vertrauen der Versicherten zu der Gesellschaft. Wer dieses Vertrauen durch unbeweisbare Behauptungen zu untergraben sucht, um sich Vorteile zu verschaffen, verstößt doch sicher gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb.

Der Vorstand der Volksfürsorge hat versucht, den Vorstand der Konkurrenzgesellschaft zur Unterlassung dieser verächtlichen unwahren Behauptung zu veranlassen; doch ohne Erfolg. Es steht ihm daher nur übrig, das Gericht zur Beweishebung und zum Schutze anzurufen.

Am 16. Februar verhandelte die zweite Kammer für Handelsachen des Landgerichts II Berlin über die Angelegenheit. Nach Auseinandersetzung der Vertreter der beiden Gesellschaften verkündete das Gericht das Urteil: Die Klägerin wird abgewiesen und zur Tragung der Kosten verurteilt. Eine Begründung wurde nicht gegeben.

Das genügt den Gegnern der Volksfürsorge, nun die weitere unwahre Behauptung zu verbreiten, das Gericht habe entschieden, daß die Volksfürsorge eine politische Gesellschaft sei und die Gelder der Versicherten für politische Zwecke verwenden! Das ist eine neue unwahre Behauptung! Die Begründung des Urteils, die am 4. März mitgeteilt wurde, besagt das Gegenteil! Sie gibt nämlich dem Vorstand der Volksfürsorge recht — hält aber dem Vorstand der Deutschen Volksversicherung zugute, daß er in dem Sagen keine Beweismittel angeführt, sondern nur eine Meinung geäußert habe; daß unlauteres Wettbewerbsgesetz stelle aber nur die Behauptung unwahrer Tatsachen unter Strafe! Weil diese Beweisführung ganz besondere Würdigung verdient, seien die Entscheidungsgründe des Urteils hier mitgeteilt. Sie lauten:

Die Beklagte hat sich mit zwei Flugblättern an die national gesinnten Kreise gewandt, um sie vor der Versicherung

bei der Klägerin zu warnen. Die Klägerin wird als sozialdemokratisches Parteiunternehmen bezeichnet. Bei diesem Unternehmen, so heißt es in dem einen Flugblatt, werden die Gelder lezten Endes dazu dienen, der Umsturzpartei einen neuen starken Kriegsschlag im Kampfe gegen den Gegenwartsstaat zu schaffen. Ähnlich lautet eine Stelle des andern Blattes. Beide Parteien verfolgen den Zweck der Volksversicherung, das heißt der keinen Kapitalbeschäftigung. Die Klägerin hat ihre Behauptungen zu Zwecken des Wettbewerbs aufgestellt; es steht in Frage, ob sie gegen die §§ 14, 15 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb verstoßen hat. Unstreitig hat die Beklagte die beiden Rundschreiben verbreitet. Die Angaben der Beklagten, die Klägerin sei ein sozialdemokratisches Parteiunternehmen, ist geeignet, die national gesinnten Volksteile von der Versicherung bei der Klägerin abzuhalten. Der Betrieb der Klägerin beschränkt sich nicht auf die Mitglieder der freien Gewerkschaften und Konsumvereine, er ist auf die Beteiligung der weitestgehenden Kreise der weniger Bemittelten eingerichtet und würde dadurch geschädigt werden, daß eine Anzahl Minderbemittelter aus dem Grunde der nationalen Gesinnung die Beteiligung ablehnen. Das gleiche gilt von der weiteren Behauptung der Beklagten, die Gelder der Versicherung würden schließlich dazu dienen müssen, einen starken Kriegsschlag für die Umsturzpartei zu bilden. Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Wettbewerbsgesetzes ist aber die Behauptung oder Verbreitung von Tatsachen. Eine Tatsache ist etwas Geschehenes oder Vorhandenes, das als solches nachweisbar ist. Auch die Aufstellung von Ansichten kann Behauptungen tatsächlicher Art enthalten. (R. G. Bd. 58, S. 209.) Unstreitig richtig ist die Behauptung der Beklagten, daß die Leiter der Klägerin sozialdemokratische Führer sind. Das übrige enthält sich der Nachweisbarkeit und ist daher nicht als Behauptung von Tatsachen anzusehen. Allerdings würde die Behauptung einer Tatsache vorliegen, wenn die Auslegung zutreffend wäre, die die Klägerin der oben gedachten zweiten Behauptung gibt, daß nämlich behauptet werde, die Leiter der Klägerin hätten die Absicht, die Gelder der Versicherten ihrem Zwecke zu entnehmen, das heißt zu veruntreuen. Es wäre das die Behauptung einer inneren Tatsache. Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gelder der Versicherung in deren Interesse verwendet werden. Aber es ist hier zu berücksichtigen, daß die Zusammenführung vieler Gelder in der Hand einzelner diesen bei Erfüllung aller Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern doch einen Nachteil verschafft, besonders wenn die Gläubiger zahlreich und ihre Forderungen verhältnismäßig geringfügig sind. Die Sozialdemokratie ist geneigt, bei ihrem Kampfe um die Neugestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung sich der Nachmittel der gegenwärtigen Gesellschaftsform zu bedienen, so der Autorität und der Geldsammlung zum Zwecke der Zusammenfassung der geistigen und materiellen Kräfte der Anhänger ihrer Lehre in den Händen der Führer. Diese Nachmittel sind es, die die Beklagte als Kriegsschlag bezeichnet. Sie können ganz im Rahmen der bestehenden Gesetze zur Bekämpfung der heutigen Gesellschaftsform verwendet werden. Was insbesondere bei der Klägerin eingehenden Versicherungsprämien anbelangt, so können die Gelder zum Beispiel in mündelsicheren Hypotheken aufbewahrt, die den Zwecken der Sozialdemokratie dienen, angelegt werden. Sie können aber auch, wie die Beklagte mit Recht hervorhebt, zur Eingabe von Darlehen an Gemeinden verwendet werden und so durch die Eigenschaft der Klägerin als Gläubigerin eine Stärkung der Sozialdemokratie gegenüber den Schülern hervorzuführen. Daß die Vermögensgesellschaften der staatlichen Aufsicht unterliegen, weiß das Publikum. Die Behauptung der Beklagten würde daher, wenn sie den Sinn hätte, den die Klägerin vermutet, bei dem Publikum schwerlich Glauben finden. Auch dieser Umstand spricht dafür, daß die Beklagte nicht etwa auf die angebliche Absicht der Führer der Beklagten zur Vergebung geschuldiger Verbindungen hat hinweisen wollen. Hiernach handelt es sich nur um Ansichtsaussagen der Beklagten, die der Anwendung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht unterliegen.

Mit Staunen wird man diese Gründe lesen. Das, was die Deutsche Volksversicherung A.-G. behauptet, um „vor der Verurteilung bei der Klägerin zu warnen“, ist nicht nachweisbar, also ist es keine Behauptung von Tatsachen und darf weiterverbreitet werden! Bei der Volksfürsorge „kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gelder der Versicherung in deren Interesse verwendet werden“, aber das Gericht weiß die Klägerin ab, wenn sie fordert, daß die Behauptung des Gegenteils unterlassen werden soll. Es ist klar, daß das Urteil noch vom Kammergericht geprüft werden muß.

Wie die bürgerliche Presse das Publikum irreführt.

ist wieder an einem Beispiel deutlich zu beweisen. Die große deutsche Regierunugs- und Nordd. Allg. Ztg. an der Spitze, sucht seit Monaten durch Verbreitung der vom Vorstand der Deutschen Volksversicherung, Aktiengesellschaft, vermittelten verlogenen Wabchjettel die Volksfürsorge zu verächtigen und zu schädigen. So hatten diese Blätter auch den Eindruck zu erwecken versucht, als habe das Berliner Landgericht bei Abweisung der Klage der Volksfürsorge gegen die Deutsche Volksversicherung, Aktiengesellschaft, durch das Urteil bestätigt, daß bei der Volksfürsorge die Gelder der Versicherten als Kriegsschlag der Sozialdemokratie dienen würden.

Die nunmehr veröffentlichten Gründe des Gerichts zeigen aber deutlich, daß das Gericht die Klage nur aus formalen Gründen abgewiesen hat und im Gegenjah zu der aufgestellten Behauptung der Gegner der Volksfürsorge feststellte: Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß (bei der Volksfürsorge) die Gelder der Versicherten in deren Interesse verwendet werden.

Daß das Gericht die Klage nur aus formalen Gründen ablehnte, besagt folgender Satz des Urteils: Hiernach handelt es sich nur um Ansichtsaussagen der Beklagten, die der Anwendung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb nicht unterliegen! Der nun, der an die bürgerliche Presse den Vorstand der Entscheidungsgründe verbreitete, hat diese Presse zur Verbreitung eines gefälschten Wortlauts verführt und damit das Publikum über die Richtung des Urteils belogen, denn er hat gerade die beiden entscheidenden Sätze unterstrichen.

So sieht der „anständige Konkurrenzkampf“ aus, den die Freunde der Deutschen Volksversicherung, Aktiengesellschaft, gegen die Volksfürsorge führen.

Die Märznummer der Zeitschrift Volksfürsorge

zeigt zunächst, daß die Verwallung dieser gemeinnützigen-gesellschaftlichen Volksversicherungsgesellschaft die Anforderungen der Bedürfnisse des praktischen Lebens mit Aufmerksamkeit verfolgt und zu erfüllen sucht. Der Vorstand bringt einen neuen Kinderbeitrag zur Einführung, bei dem für sich versicherte Kinder die volle Versicherungssumme schon im 14. Lebensjahre, also schon anlässlich der Konfirmation, zur Auszahlung gelangt. Für Eltern, die für den Zeitpunkt des Schlußakts zum Beginn der Lehrzeit sich und ihren Kindern eine größere Summe Geldes sichern wollen, ist damit eine sehr vorteilhafte Spargelegenheit gegeben, bei der sie die Vorteile der Versicherung noch mitgenießen.

Dann folgt die Mitteilung der Begründung des Landgerichts Berlin II zu dem abweisenden Urteil in der Klagesache der Volksfürsorge gegen die Deutsche Volksversicherung A.-G., aus der ganz ungenügend hervorgeht, daß das Gericht zweifelsfrei festgestellt, daß die Gelder der Versicherung bei der Volksfürsorge nur zum besten der Versicherten verwendet werden und daß das Gericht die Klage nur aus dem formalen Grunde abweist, weil es zugunsten der Deutschen Volksversicherung A.-G. annahm, daß deren Behauptung, die Gelder der Versicherten dienen bei der Volksfürsorge zu einem Kriegsschlag der Umsturzpartei, nicht nachweisbar sei und daher nicht die

Behauptung einer Tatsache, sondern eine Ansichtsaussage sei!

Weiter entnimmt man der Zeitschrift Volksfürsorge die Tatsache, daß in den drei preussischen Provinzen Rheinland, Sachsen und Kurheffen eine Provinzial-Lebensversicherungsanstalt beschloffen wurde, alle mit der Begründung, es müßten staatliche Anstalten zum Kampfe gegen die Volksfürsorge gegründet werden! Also wieder einmal wird zugestanden, daß die organisierten Arbeiter die Behörden zu sozialen Fortschritten treiben!

Erfreulich ist auch der mitgeteilte Geschäftsaussatz für den Monat Februar, wonach 15 181 Anträge mit einer Kapitalversicherungssumme von 2 225 281 M. und einer Risikovericherungssumme von 53 454 M. zu erledigen waren, so daß bis Ende Februar im ganzen 102 602 Anträge zu erledigen waren.

Selbe „Erfolge“.

Zu den Vertretermahlen für die Betriebskrankenkasse bei der Firma G. Seebach in Gesees wurde gegeben sich die Gelben die größte Mühe, Wähler zu fangen. Auch die Firma suchte der von den freien Gewerkschaften herausgegebenen Wahlliste Abbruch zu tun, indem sie eine eigene Liste herausgab. Beide haben sich jedoch vergeblich angestrengt, denn von den 712 abgegebenen Stimmen kamen nur 32 auf die Liste der Gelben und 5 auf die der Beamten; die Liste der Firma erhielt keine einzige Stimme und der ganze große Rest fiel auf die Liste der freien Gewerkschaften.

Viel Freude erleben die Obergelben bei der Aktiengesellschaft Weser in Bremen. In acht Tagen erhielten sie mehr als 200 Antrittsmeldungen. Der Oberfeuerwehmann W. hatte die ihm unterstellte Hofkolonne durch das Versprechen einer Wohnzulage veranlaßt, dem Wettbewerb beizutreten. Ein Arbeiter, der nicht gleich wollte, erhielt einen halben Tag Besetzung, ob er sich werben und 45 S. Stundenlohn erhalten oder die Werk verlassen wolle. Es verging eine Woche nach der andern und die Zwangs-Wirtschaftsriedelchen erhielten keine Wohnzulage. Sie wandten sich an ihren Vertrauensmann, damit er ihre Beschwerde übermittelte. Dies tat der Vertrauensmann und erzielte dabei zugleich eine andere, nicht minder berechtigende Beschwerde. Darauf wurde der Vertrauensmann entlassen. Nunmehr trat aber die ganze Hofkolonne wieder aus dem Wettbewerb.

In einer am 5. März abgehaltenen Wettvereinsversammlung beantragte der Arbeiter L. die Absetzung des Vorstandes, weil der „immer nur große Versprechungen gemacht habe, die aber nicht innegehalten wurden“. Der Vorstand in der Arbeiterbewegung überhaupt keine Erfahrung und sei zu gleichgültig und leichtsinnig, um für die Mitglieder etwas zu tun. Der Vorstand mit Herrn Markgraf an der Spitze mußten vor Verbilligung nichts zu erwidern. Der gelbe Betriebsleiter Fernald suchte dann den Vorstand herauszufahren, hatte aber nicht viel Glück dabei. Der Arbeiter J., der dem Wettbewerb schon mehrere Jahre angehört, bezeichnete die Mehrzahl der Wettvereiner als solche, die sich nur bei der Direktion einschmeicheln wollten, um Beamtenposten zu erhalten. Das Unangenehmste ist, daß die genannten beiden Ankläger mit Herrn Fernald aus Hannover gekommen sind, um als Stützen für die „gelbe Bewegung“ zu dienen. Die Versammlung beschloß wirklich, eine Generalversammlung abzuhalten, auf der es ohne Zweifel weiter hergehen wird.

Wenn die Herren Gelben während der jetzigen schlechten Zeit schon so schlimme Erfahrungen machen müssen, trotzdem sie alle ihre Hoffnungen auf die Krise gesetzt hatten, wie mag es dann erst werden, wenn der Geschäftsgang sich wieder bessert!

Ausgeperrte Gelbe.

Herr v. Reismik, Oberstschaffner und Chefredakteur der sogenannten Deutschen Arbeiter-Zeitung, ist im „Rebenamt“ Mitbesitzer einer Pergament- und Papierfabrik. Diese wird von einem andern Reismik geleitet. In diesen Betrieb kam natürlich kein Arbeiter, der nicht die Prüfung auf antilohnpolitische Substanzreife bestanden hätte. „Wirtschaftsriedelchen“ wurden behorjuzt und durften den für Hamburg und Altona „glänzenden“ Lohn von 42 bis 45 S. verdienen. Eine Gruppe der Aktivenführer mußte in den Pausen durcharbeiten, wofür ihnen der noch der Menge des fertiggestellten Papiers berechnete Prämie versprochen ward. Anstatt der Prämie bezahlte Reismik den Arbeitern nur den Lohn für die zwei durchgearbeiteten Stunden. In jüngster Zeit sollen die Arbeiter aber auch den Stundenlohn nicht mehr erhalten. Als sie sich dagegen wehrten, sollten sie eine Erklärung unterschreiben, daß sie bereit seien, in „Schichtlohn“ zu arbeiten. Die Arbeiter waren „wirtschaftsriedelch“ genug, zu unterschreiben. Dann sollten sie noch weiter unterschreiben, daß sie keine Forderungen mehr an die Firma hätten. Darauf stelen jedoch nur wenige Arbeiter herein. Den übrigen bot man 5 M. und später noch 4,80 M. mehr. Als die Arbeiter jedoch auf ihrer Forderung von 70 M. beharrten, hatte der „Wirtschaftsriedelch“ ein Ende und sie durften den Betrieb von außen ansehen. Wenn die Firma den Arbeitern wenigstens Gunsternein mit der Zeitschrift „Für treue Wirtschaftsriedelchkeit“ geliefert hätte! Aber auch das scheint der Profit nicht erlaubt zu haben.

Hirsch-Dunkeriana.

Auf der Höhe. In seiner Nr. 11 beschäftigt sich der Regulator mit dem Verbund der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzender Industriebezirke, weil diese Unternehmensorganisation die „geistigen Erzeugnisse“ des verstorbenen Sabers-Ziegler den Arbeitern zur „Aufklärung“ zugänglich machen will und dies zum Teil schon getan hat. Am liebsten meint der Regulator dann, sollte die Broschüre wirklich irgendwo unter den Arbeitern verteilt worden sein, dann wäre es vielleicht notwendig, näher darauf einzugehen.

Dieses Vergnügen wollen wir mit dem Regulator nicht haben. Bemerten wollen wir nur, daß seine Mitglieder im Mannheimer Industriebezirk wohl geschlafen haben, denn die Broschüre wurde schon vor fast zwei Monaten in tausenden von Exemplaren durch begabte Leute verteilt vor den Türen der Fabriken, deren Arbeiter man für gleichgültig hielt, während man sie Arbeitern anderer Betriebe, deren gutes Organisationsverhältnis bekannt ist, durch die Post zustellte. Eine große Anzahl Firmen zog es aber vor, die Broschüre nicht an ihre Arbeiter zu verteilen.

Wir hatten auch den Regulator etwas länger eingeschätzt, als daß er den in der Broschüre enthaltenen abgedroschenen Formellen, die sich gegen deutsche Unternehmer richten — nach dem Grundsatze: verhornt mein Haus, die Ausbeuter wo anders sind —, irgend welche Bedeutung beilegt. Wir haben über die Kindlichkeit der Unternehmer gelacht, die mit solchen Mätzchen heutzutage Arbeiter der Organisation abwendig zu machen versuchen. Der Regulator scheint die Sache eher ernster nehmen zu müssen — nachsichtlich sind seine Mitglieder für derartige Propagandamittelchen der Unternehmer empfänglich. S. J. Grimm.

Vom Hused.

Ostereich.

Durch Anzeigen wurden Kollegen von Berlin, Frankfurt a. M., Halle, Dresden, Chemnitz, Rürnberg, Schönebeck a. E. und Hamburg verletzt, nach Graz in Steiermark zur Firma Puch (Fahrad- und Automobilfabrik) zu ziehen, welche Firma eine neue Schreibraschinenabteilung eingerichtet. Die Kollegen wurden bitter enttäuscht. Der Lohn ist 52 bis 60 Heller für die Stunde. Die Wohnungs- und Lebensverhältnisse sind aber in Graz bedeutend teurer als in Deutschland. Ein Paar Schuhe kosten 20 bis 22 Kronen, die Wohnung für Ledige kostet 12 bis 14 Kronen die Woche. Will man täglich mit Alkohol und Fleisch essen, dann reicht der Lohn überhaupt nicht. Für Kleider und Bildungszwecke bleibt nichts übrig. Man muß froh sein, wenn

einem der Organisationsbeiträge, der in Genz beim Metallarbeiterverband 70 Heller beträgt (die Drehersektion erhebt die Woche eine Krone) übrig bleibt. Der Kollege, der sich in Dresden oder Nürnberg noch anständige Kleider kaufte und einige Groschen ersparte, kann, wenn er längere Zeit in Grog bleibt, als Bruchbruder nach Deutschland zurückkehren. Die Kollegen Deutschlands wissen nun, was sie allenfalls in Grog erwarten.

Schweiz.

Die Firma Krebs (Stief- und Schuhwerk) in Biel sucht in ausländischen Zeitungen Arbeiter, besonders Walzer, die dann als Gambler beschäftigt und mit einem Stundenlohn von 42 Rappen abgefertigt werden. Diese Bezahlung ist für die Verhältnisse in Biel ein wahrer Hungerlohn. In diesem Betrieb geht es das ganze Jahr aus und ein wie in einem Laubenschlag, denn die einheimischen Arbeiter können bei solchen Hungerlöhnen nicht auskommen. Wollen sich die Leute der Gewerkschaft anschließen, dann wird mit allen Mitteln gegen die Organisation gearbeitet. Wir warnen unsere Kollegen im Auslande dringend, in dieser Bruchbruder Arbeit anzunehmen. Wer vor großem Schaden bewahrt bleiben will, komme nicht nach Biel zu der Firma Krebs. Auch warnen wir die Elektromonteur vor Arbeitsannahme im Elektrizitätswerk Davos, Kanton Graubünden, wo unsere besten Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemahnt wurden.

Frankreich.

wd. Die Gaubelegiertenkonferenz des französischen Metallarbeiterverbandes, die am 8. März mit dem ausführenden Ausschuss über den Fall Merheim zu beschließen hatte, hat das Bestätigt, was wir in unserer letzten Korrespondenz vorausgesagt. Die Vertreter unserer französischen Kollegen haben den anarchistischen „Antifunktionsaristokratie“ in unangenehmer Weise zu verhalten gegeben, daß die Meinungsäußerung in zu achtender Grundlag innerhalb der Arbeiterorganisationen ist und bleiben muß. Unter den Delegierten aus der Provinz und denen aus Paris war nach über fünfständigen Besprechungen mit den Vertretern des Pariser Metallarbeiterverbands nur eine Meinung vorhanden, die darin in der einmütigen Annahme einer Resolution Ausdruck fand. Diese Resolution schließt nach eingehenden Erwägungen über die Meinungsäußerung in Arbeiterorganisationen mit folgenden Worten: „Aus diesen Gründen weiß das Nationalkomitee den Ausschluß des Kollegen Merheim aus seinem Syndikat zurück, da kein neuer Beweis diese Maßnahme gerechtfertigt hat. Es beschließt, Merheim als Sekretär zu behalten und erklärt, daß das Metallarbeiter Syndikat von Paris innerhalb vier Wochen Merheim wieder als Mitglied aufnehmen muß, widrigenfalls es sich als ausgeschlossen aus dem französischen Metallarbeiterverband zu betrachten hat. Im Ausnahmefalle haben alle Ortsverbände als letzte Instanz durch ein Referendum über den Beschluß des Nationalkomitees zu entscheiden.“

Diese Entschädigung läßt an Unbilligkeit nichts zu wünschen übrig und sie wird, falls sich das Pariser Metallarbeiter Syndikat nicht fügen sollte, auch in allen ihren Teilen zur Durchführung gebracht werden. Der Kampf der Anarchisten um den Einfluß innerhalb der französischen gewerkschaftlichen Organisationen ist mit dieser Wendung des Falles Merheim natürlich noch nicht beendet. Er wird vielleicht sogar noch schärfer werden. Aber da einige führende Anarchisten schon mit der Gründung neuer Organisationen außerhalb der Konföderation drohen, so darf man wohl schließen, daß sie innerhalb der bestehenden Gewerkschaften ganz gehörig abgewirtschaftet haben.

Die Section Etangère des Ouvriers sur métaux hat ihren Sitz in 49 rue de Bretagne, Paris III^{me}. Anfragen sind 20 g für die Antwort beizufügen.

In verschiedenen deutschen Zeitungen suchen französische Firmen Zinnbleifer, Zinngießer und Zinnbläser, obwohl die französischen Arbeiterkollegen zu wissen wissen. Kollegen, die sich in Frankreich nicht als Lohnbrüder gebrauchen lassen wollen, werden dringend ersucht, niemals unter 56 Franken Wochenlohn und Reiseent- schädigung Stellung anzunehmen. Außerdem sind die Kollegen verpflichtet, sich vorher bei der Section Etangère des Métaux über die Verhältnisse zu erkundigen. Bemerk sei noch, daß die Arbeiter in Frankreich der Streikzeit nicht verweigert sind und bei Lohnbewegung und Streik der Gefahr ausgesetzt sind, ausgewiesen zu werden.

Sprachrede.

Beziehungsweise.

Der Verbandsbeitrag beträgt wöchentlich 70 Beziehungsmasse 30 g.

Selbstständig arbeitende Monteur erhalten 70 g Stundenlohn, Helfer 50 g. Der Ueberfunktionsbeitrag beträgt 20 Beziehungsmasse 15 g.

Die gewerkschaftlichen Gewerkschaften werden als Bonus beziehungsweise Bonus gegen die Sozialdemokratie geprüften.

Die Angehörigen Schmeje und Müller wurden zu acht beziehungsweise fünf Wochen Gefängnis verurteilt.

Auch in der Arbeiterbewegung gibt es sogenannte Kapitalisten oder Altkapitalisten. Sie glauben, es sei notwendig, daß dem Leier jede Melodie bis auf die höchsten Töne vorgeführt werden muß. Wenn sie sich nur nicht bei anderen Gelegenheiten Solampereen erlauben, die wirklich zu Mißverständnissen führen können! Die Verfasser der Bücher über Sprachveränderung verstoßen solche Leute mit Recht ausnahmslos in scharfer Weise. In früheren Zeiten hätte man in unseren Beispielen das nicht wäher lächerliche „republic“ in „republik“ und aus der „republik“ „reip.“ wurde „reio.“ Beide Wörter sind ihre Abkürzungen sind überflüssig. Sie können in den meisten Fällen auch oder auch vollständig ersetzt werden. In unserem ersten Beispiel sagt man besser: Der Verbandsbeitrag beträgt wöchentlich 70 oder 30 g. In den nachfolgenden über den folgenden Satz ist doch nichts angegeben, was die 70 und was die 30 g zollten. Ein Mißverständnis ist also unmöglich. Dasselbe ist der Fall, wenn man das zweite Beispiel folgen lassen darf. Der Ueberfunktionsbeitrag beträgt 20 und 15 g. Selbst in Latein kann niemand auf den Gedanken kommen, daß ein Arbeiter beide Zusätze zugleich erhalten solle. Wenn hätte man doch 35 g geschrieben. Die Altkapitalisten sind also herabzuwürdigen. Im dritten Beispiel ist es sogar einfacher, welches von den beiden Beispielen man wählen soll. Auch in diesem Beispiel kann man das höchste Merkmal durch das längere und bessere Bindemittel und ersetzen. Wenn es aber wirklich einmal zu einem Mißverständnis führen könnte, so kann man sich auf jeden Fall vermeiden, wenn man folgende Beispiele liest: „Schulze wurde zu acht Wochen Gefängnis verurteilt und Müller zu sechs.“ Es ist also höchst möglich, das höchste „beziehungsweise“ oder „republic“ zu vermeiden. Hier möge nur noch folgendes warnende Beispiel „Grifflicher“ Sozialdemokratie Beachtung finden:
Reichenberg 2. 2. 1911.

Herrn Reichs Sekretär Herr!
(Beitrag 30 g)

Die 20 g monatliche Beitragszahlung wird beschleunigt der nächste gewerkschaftliche Verein am 9. Juni eine öffentliche Versammlung abhalten. Die Herrn Reichs Sekretär sind mit dem Herrn Reichs Sekretär in der Sache der Schlichtung des Herrn Reichs Sekretär Herr! Herr Reichs Sekretär Herr!

Wende und die Konsequenzen die Sie als Gewerkschaft in Erfahrung bringen zu ziehen hätten, legen Obengenannte Verein über die Freigabe zu einer öffentlichen Sozialdemokratischen Versammlung des Lokales Protest ein.

Wie wir sehen, versteht das debauchierte Opfer „Grifflicher“ Erziehung von der Rechtschreibung so gut wie gar nichts; den elenden Altkapitalisten „h e z w.“ hat es sich aber doch gemerkt. Leider kommt so etwas jedoch auch bei anderen Leuten vor.

In Erscheinung treten.

Eins der widerlichsten Sprichwörter, an denen unser Vaterdeutsch so reich ist. Es geschieht nichts mehr, es taugt nichts mehr auf, es wird nichts mehr sichtbar oder erkennbar, sondern es tritt alles breitbeinig „in die Erscheinung“. Man beachte folgende Beispiele:

„Es tritt aber auch in den Schmiedereien das Bestreben, die Preise durch besondere Kalkulationsbureaus berechnen zu lassen, immer mehr in die Erscheinung.“

Dieses Satz kann man auf verschiedene Weise verbessern. Hier nur ein Beispiel: „Auch in den Schmiedereien strebt man immer mehr danach, die Preise durch besondere Kalkulationsbureaus berechnen zu lassen.“ Fünf Worte Ersparnis.

„Es tritt hier das erfolgreiche Bestreben der Arbeiterorganisationen, die Erzeugnisse ihrer Lohnbewegungen durch schriftlichen Vertrag festzusetzen, deutlich in Erscheinung.“

Dieser Phrasenschnörkel ist nun gerade nicht so besonders deutlich. Warum sagt der Schreiber nicht einfach: „Man sieht hier, daß die Arbeiterorganisationen danach trachten, die Erzeugnisse ihrer Lohnbewegungen durch schriftlichen Vertrag festzusetzen.“

Drei Worte erspart und obenrein noch kein so verächtlicher Satz. Dem Schreiber wäre er aber wahrscheinlich zu „gedröhlich“ gewesen.

Nun dritten: Nur einigen Wochen später man in den Zeitungen über Typhus als entzündungspflichtige Berufskrankheit. Da ist es in einem Gutachten, daß die Typhuskrankheiten in der Regel vor Ablauf einer Woche in Erscheinung treten“. Auch wir berichteten über den Fall, hatten aber für diese Schönheit kein Verständnis und erließen die letzten drei Worte durch das einfache Wort „ausbrechen“.

Die Gewerkschaftspresse brachte vor kurzem Auszüge aus Vorträgen über das Tarifrecht. Darin kam auch die folgende Stelle vor: „Wir sehen heute das Recht als eine fremde Macht an, die nur dann in Erscheinung tritt, wo es etwas zu hemmen gibt.“ Wir wissen nicht, ob der Vortragende der Deutschherberber war oder der Richterflatter. Wir schreiben: ... die sich nur dann bemerkbar macht.“

Als vor einigen Jahren in Berlin ein großer Prozeß gegen Leute stattfand, die bei einem Streit „ausgeschritten“ sein sollten, soll der Staatsanwalt nach einem Zeitungsbericht unter anderm gesagt haben: „Mit der Erklärung des Streiks traten Streikposten in die Erscheinung.“

Auch in diesem Falle wollen wir die Frage offen lassen, wo der Deutschherberber zu finden ist.

Und wie leicht läßt sich dieser häßliche, aufgeblähte Ausdruck durch einen besseren ersetzen. Eine kleine Auswahl von Er-fahrungswörtern: Es geschieht, es tritt ein, es tritt ins Leben, es zeigt sich, es fällt auf, es ist da, es ist vorhanden, es kommt vor, es bildet sich, es taucht auf, es fängt an, es geschieht, es findet sich, es sieht aus, es hat den Anschein, es ist zugegen, es macht sich bemerkbar, es erregt Aufmerksamkeit, es findet Beachtung, es findet statt, es wird erkennbar, es wird deutlich, es wird klar, es wird besetzt, es wird sichtbar u. s. w. Das sind nicht weniger als 27 Erfahrungswörter, die wir ohne Anstrengung gefunden haben. Wie armlich ist das Sprachgefühl all der Schreiber, denen kein einziger davon einfällt, bei denen alles in Erscheinung trampeit!

Literarisches.

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

In freien Stunden. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 g.

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Von G. Weins. Zweite Auflage. Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 30 g. — Dieses Schriftchen ist vollständig ungenutzt worden und enthält viele Anleitungen für den Lagergebrauch, desgleichen Muster für die am weitesten vorzunehmenden Ergeben.

Das Frauenbuch. Eine allgemeinverständliche Einführung in alle Gebiete des Frauenlebens der Gegenwart. Unter Mitwirkung einer Reihe bewährter, sachkundiger Frauen herausgegeben von Gertrud von Soden. Band III: Ehefrau und Mutter des Mannes in Recht und in der Gesellschaft. Mit acht Abbildungen. Stuttgart, Franckh'sche Verlagshandlung, 1914. 224 Seiten. Preis gebunden 4.50 g. — Dieses Buch ist vollständig in deutscher Sprache gehalten. Seltenlich wird die sozialdemokratische Partei darin erwähnt (in den Abschnitten über die Frau in der Politik, über den Arbeiterinnen und über die Frauenbewegung). Doch aber doch auch die Gewerkschaftsbewegung für die Frauen nicht in ganz unrichtiger Weise in Betracht gezogen und schließlich die Arbeiterinnen ermahnen zu sein. Ferner ist bei der Jugendpflege auch von Wandertagen und Spasibären die Rede, oder nicht von der proletarischen Jugendbewegung. Auch mehr zu tabeln ist der Aufsatz über den Arbeiterinnen. So heißt es auf Seite 137: „Es scheint daher völlig gerechtfertigt, daß man sich an ihn (den Wandertag) auch nicht heranwagt und sich auch auf das Experiment des geistlich festgelegten Reizmittelabzuges für Arbeiterinnen — der in gewissen Betrieben selbstverständlich den Wandertag für die in diesen Betrieben tätigen Männer zur Folge haben würde — vorläufig noch nicht eingelassen hat.“ Dabei bringt die Verfasserin es fertig, unmittelbar darauf folgendes zu schreiben: „Die von industrieller Seite vor dem Wandertag der Arbeiterinnen von 1908 in vielen Betrieben an den Wandertag geknüpften Bedenken gegen den Wandertag, von dem man zunächst, er werde die berufliche Intelligenz konstantmäßig machen, umgeben aber als hin-fällige Erscheinung gegenüber der Tatsache, daß zwei Drittel aller Betriebe ihn bereits vor 1908 ohne Schaden für die betriebsföhrliche Industrie freiwillig eingeführt hatten.“ Die Verfasserin sagt ausgerechnet dem wirklichen Sachverhalt etwas langsam wie die berufliche Arbeiterintelligenz. In vielen Betrieben ist die Arbeiterzeit schon weiter herabgesetzt worden als auf zehn Stunden, so auch die neunstündige Arbeiterzeit haben wir schon gesehen, aber nicht aus der Güte der Unternehmer, sondern die Arbeiter haben diese Fortschritte erst mit Hilfe ihrer Gewerkschaften erkämpfen müssen und die Arbeiterinnen haben sich vorher daran beteiligt. Daraus ist die kennzeichnende Tatsache nach gut wahr erfahren zu haben. — Diese Ausführungen hindern uns natürlich nicht, anzuerkennen, daß andere Abstände auch und gelegentlich sind, zum Beispiel der über die Stillstandsbewegung. Auch werden Referenzen, die in der Bewegung ungenutzt, ver-schiedenes in dem Buche finden, was sie gekannt haben können.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder entzogen.)
Samstag, 21. März:
Braun (D. Sch.), Magdeburg, 1/9.
Dortmund (Elektronmont. u. Mäcker).
Dietz, Brüderweg 28, halb 9 Uhr.
Reinhardt, Luftiges St. 9 Uhr.
Reinhardt, Germania, halb 9 Uhr.
Sonntag, 22. März:
Coblenz (Gezugsmont. u. Helfer).
Coblenz, Göttinger, 36, 10 Uhr.
M. - Gladbach - Rheide. Eisen-
broich, Mimmittensstr., halb 11 Uhr.
Donnerstag, 28. März:
Löhde. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Samstag, 28. März:
Hofda. Barmütz, halb 9 Uhr.
Hugoburg. Gesellschaftsbrauerei, 8.
Baden-Baden. Bratourgischchen,
halb 9 Uhr.
Barmen-Gierfeld (Gezugsmont.
u. Helfer). Gewerksch. Barmen, 1/9.
Bitterfeld-Gröppin-Wolken. Pring
von Preußen, halb 9 Uhr.
Bochum (Schmiede). Bauli, Mottstr. 1/9.
Crefeld (Gravure u. perm. Berufe).
Bollshaus, halb 9 Uhr.
Dortmund (former u. Diebereiarb.).
Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Dortmund (Schmiede). Kaufstiet,
Auf dem Berge, halb 9 Uhr.
Gerdelagen. Zulen, halb 9 Uhr.
Gelsenkirchen (Schleifer). Zaunus, 8.
Knechtlingen. Kreidler, Großstr. 8.
Hünneberg. Gewerkschaftshaus, halb 9.
Krefeld. Kaiser-Wilhelmshalle, 1/9.
M. - Gladbach. (Dreher, Schloffer u.
perm. Berufe.) Evers, halb 9 Uhr.
Krefeld. Traube, halb 9 Uhr.
Düsseldorf. (Schmiede). Halb 9 Uhr.
Krefeld. Rappen, halb 9 Uhr.
Krefeld. (Schmiede). Krefeld, Gewer-
schaftshaus, halb 9 Uhr.
Waltershausen - Friedelshoda.
Vönen, Waltershausen, halb 9 Uhr.
Weimar. Volkshaus, halb 9 Uhr.
Sonntag, 29. März:
Crefeld (Gelbmetall und Zinn).
Volkshaus, halb 11 Uhr.
Düsseldorf. Nero-Wille, halb 4.
Krefeld. (Gezugsmont. und
Helfer). Mollenhauer, 10 1/4 Uhr.
Düsseldorf. (Schmiede). Sauber, 10.
Eppstein-Eisau. Stiebler, 9 Uhr.
Stuhshaus (Schwarz). 3. Dhratal, 4.
Montag, 30. März:
Breslau (Klempn.) Gewerkschaftsh., 8.
Dienstag, 31. März:
Breslau (Anschlag.) Gewerkschaftsh., 8.
Düsseldorf (Klempn.) Müller, Lohstr. 1/9.
Mittwoch, 1. April:
Breslau. (Zigarettenmaschinen).
Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.
Donnerstag, 2. April:
Crefeld (Klempner). Volkshaus, 1/9.
Samstag, 4. April:
Dortmund-Appelbeck. Wehr, 1/9.
Dortm. - Lünen. Goldm. Bömer, 1/9.
Sagen-Delken. Kraußmann, halb 9.
Sagen-Elber. Willemann, halb 9.
Sagen-Dehagen. Boos, halb 9.
Reinhold a. Rh. Rhein. Frühstücks-
saube, 9 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte.

Chemnitz (Elektronmont.). Samstag,
4. April, abends halb 9 Uhr, im
Restaurant Nordpol.
Dortmund (Bazar). Sonntag,
6. April, vormitt. 10 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Vestingstraße.
Burgstädt. Das Lokalgeheim wird
bis auf weiteres nicht mehr bezahlt.
Düsseldorf. Wir ersuchen um An-
gabe der Adresse des Monteurs
Richard Lemte, damit er aus
einer Kontostamme (seiner rick-
ständigen Lohn erhalten kann.
Grafenthal (Zahn). Reiseunter-
stützung mittags 12-1 Uhr und
abends 8-8 Uhr. Sonntags ge-
schlossen.
München (Spengler). Umschauen
verboten. Arbeitsnachweis im
Müllerbad, Hans Sachs-Str. 8.
München. Die Kollegen Karl
Jahr, Klempner, Buchn. 1.94.907,
Karl Müller, Schmied, Buchn.
2.123.342, Karl Roppa, Schiffbau-
arbeiter, Buchn. 2.123.219, und
Maz, Buchn. 2.123.790, werden
hiermit aufgefordert, die Bibliothek-
bücher zurückzugeben.
Schramberg. So talgeheim (mit
an Ausgewählte) beim Kartell-
führer Eduard Senn, Gebilde-
straße 1, beim Goldenen Stern,
abends von 7/7 Uhr an.
Siegen. Alle Sendungen für das
Siegelerland sind an den Geschäfts-
führer Fritz Thurnau, Siegen,
Sandstr. 74, zu richten. — Reife-
geld wird nicht mehr in Kirchen,
sondern in Siegen vormittags
von 11-12 Uhr ausbezahlt.
Begegnung. Für den former Fried-
rich Ropp, geb. 27. Januar 1884
in Holland, liegen hier wichtige
Nachrichten. Wir ersuchen um An-
gabe seiner Adresse. Dito Jünger,
Gerhard Hoff-Strasse 44.

**Bekanntmachungen der Orts-
verwaltungen etc.**

Burgstädt. Das Lokalgeheim wird
bis auf weiteres nicht mehr bezahlt.
Düsseldorf. Wir ersuchen um An-
gabe der Adresse des Monteurs
Richard Lemte, damit er aus
einer Kontostamme (seiner rick-
ständigen Lohn erhalten kann.
Grafenthal (Zahn). Reiseunter-
stützung mittags 12-1 Uhr und
abends 8-8 Uhr. Sonntags ge-
schlossen.
München (Spengler). Umschauen
verboten. Arbeitsnachweis im
Müllerbad, Hans Sachs-Str. 8.
München. Die Kollegen Karl
Jahr, Klempner, Buchn. 1.94.907,
Karl Müller, Schmied, Buchn.
2.123.342, Karl Roppa, Schiffbau-
arbeiter, Buchn. 2.123.219, und
Maz, Buchn. 2.123.790, werden
hiermit aufgefordert, die Bibliothek-
bücher zurückzugeben.
Schramberg. So talgeheim (mit
an Ausgewählte) beim Kartell-
führer Eduard Senn, Gebilde-
straße 1, beim Goldenen Stern,
abends von 7/7 Uhr an.
Siegen. Alle Sendungen für das
Siegelerland sind an den Geschäfts-
führer Fritz Thurnau, Siegen,
Sandstr. 74, zu richten. — Reife-
geld wird nicht mehr in Kirchen,
sondern in Siegen vormittags
von 11-12 Uhr ausbezahlt.
Begegnung. Für den former Fried-
rich Ropp, geb. 27. Januar 1884
in Holland, liegen hier wichtige
Nachrichten. Wir ersuchen um An-
gabe seiner Adresse. Dito Jünger,
Gerhard Hoff-Strasse 44.

Gefunden.

Kochen. Josef Dion, 26 Jahre,
26 Jahre, Magenleiden.
Grosch. Robert Fener, 36 Jahre,
Lungenkrank.
Gildesheim. Wilhelm Reimer,
former, 55 Jahre, Herzschlag (20)
— Wilhelm Achenhausen, former,
45 Jahre, Lungenentzündung (21).
Koblenz. Posidam. Friedrich
Went, 43 Jahre, Schlaganfall (23).

**Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Zifelleure
in Berlin C. 54, Liniestraße 83/85.**

Privat-Anzeigen.

(Schreiben Sie die Arbeitsnachweise an die Redaktion, sondern
nicht nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Per sofort werden mehrere
Stahlgraveure

auf vertiefte Arbeit bei hohem Lohn
nach dem mit dem Verband abge-
schlossenen Tarif für dauernde Arbeit
gesucht. Begehrteste erhalt. b. Borzug.
Zahnfabrik Spindlingen-Frankf. a. M.

Süchtige Kunstformer
auf feinsten Besatzgut so-
fort gesucht.
H. Brandtetter, Gernigeberei,
München, Schleißheimerstr. 72.

Der former Karl Wadner, geb.
2. Sept. 1864 zu Breslau, wird um
Angabe seiner Adresse ersucht. Kolleg.,
die dessen Aufenthalt wissen, werd. um
Nachr. geb. Verlag der Metallar-
beiter-Zeitung, Stuttgart, Rödestr. 16 B.

Im Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart,
ist erschienen:



Preis Mk. 3.— bei Bezug durch Gewerkschaften für deren
Mitglieder, Einzelrezepte Mk. 3.30 inklusive Porto,
durch den Buchhandel Mk. 4.50.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verla-
Stuttgart, Rödestraße 16 B.